

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

9. Sitzung
2. Juni 2022

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.36 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll und Inhaltsprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0014](#)
BildJugFam
**Voraussetzungen für die Umsetzung der
Kitaentwicklungsplanung 2022/23:
Was wird benötigt?**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0021](#)
BildJugFam
**Fehlende Kindergartenplätze in Berlin – wieso
verschleppt Rot-Grün-Rot die Schaffung neuer
Kindergartenplätze?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind uns von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Herr Roser, Leiter der Arbeitsgruppe Stadtentwicklungsplanung Wohnen und wohnungsnaher Infrastruktur, und Herr Windolph, Leiter des Referats Ministerielle Grundsatzangelegenheiten, Prüfung und Genehmigung Hochbau, digital zugeschaltet. Ich freue mich sehr, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind, auch für die Fragen der Ausschussmitglieder hier zur Verfügung zu stehen. Des Weiteren haben wir zu diesem Tagesordnungspunkt einvernehmlich eine Anhörung vereinbart. Ich gehe davon aus, dass wir einvernehmlich ein Wortprotokoll hierfür erstellen wollen.

Deshalb freut es mich auch sehr, dass ich Anzuhörende – momentan leider nur zwei – vor Ort begrüßen kann. Nichtsdestotrotz und nicht weniger herzlich begrüße ich Frau Babette Sperle, Mitgliedervertretung des DaKS, Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden e. V., sowie Frau Dorothee Thielen, Fachreferentin Kindertagesbetreuung beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband – Landesverband Berlin e. V. Digital zugeschaltet sind uns Herr Lars Békési, Geschäftsführer des Verbands der Kleinen und Mittelgroßen Kitaträger Berlin e. V. – VKMK –, Frau Claudia Freistühler, kaufmännische Geschäftsleiterin von Kindergärten City, sowie Frau Katja Grenner, pädagogische Geschäftsleiterin von Kindergärten City. Herzlichen Dank auch Ihnen, dass Sie sich hier zuschalten! – Digital zugeschaltet ist außerdem Herr Martin Hoyer, stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses und stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Landesverband Berlin e. V., ich glaube aber, heute hier in der Rolle als stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses, sowie Herr Stefan Spieker, Vorstandsvorsitzender des FRÖBEL e. V. – Ihnen allen: Herzlich willkommen!

Ich sehe, dass es einen Begründungsbedarf für die beiden Besprechungspunkte gibt. Die Begründung des Besprechungspunkts 2 a würde durch die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke erfolgen. Frau Seidel hat sich für die Begründung gemeldet. Der Besprechungspunkt 2 b wird durch die Fraktion der CDU, durch Herrn Simon, begründet. – Frau Seidel, bitte!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir ein herzliches Dankeschön an die Expertinnen, dass sie uns heute so zahlreich zur Verfügung stehen. Wir haben lange nicht mehr über die Qualitätsentwicklung und den Kitausbau gesprochen, weil die letzten Jahre und Monate von einer extremen Ausnahmesituation geprägt waren, als wir uns viel über Trägerschreiben, Elternbriefe, Impfen und diverse schwierige Situationen austauschen mussten. Wir haben eigentlich die Hoffnung gehabt, dass wir jetzt wieder mehr in die Normalität zurückkehren können, auch bei diesem Thema. Das ist jetzt wieder nicht so, weil wir eine Kriegssituation haben und gleich die nächste Herausforderung obendrauf bekommen haben.

Nichtsdestotrotz ist es total wichtig, dass wir uns über den Kitausbau im Land Berlin austauschen. Hierfür liegen der Kitaentwicklungsplan, der jetzt schon ein paar Monate alt ist, der aber nichtsdestotrotz unsere Arbeitsgrundlage ist, sowie ein umfassender Berg an Berichten vor, die im Zuge der Haushaltsberatungen öffentlich gemacht wurden, in denen sehr viele Details, Zahlen und Fakten aufgeführt wurden. Die referiere ich jetzt nicht, das kann sich jeder selbst angucken; vieles wird sicher in der Anhörung ein Thema werden. Nicht zuletzt liegt der ziemlich aktuelle Kitaförderatlas vor, aus dem noch mal sehr deutlich hervorgeht, dass wir in vielen Bereichen des Landes Berlin keine Platzreserven und einen prognostisch steigenden Bedarf haben. Es gibt eine sehr gute Karte, aus der deutlich hervorgeht, dass besonders in den Randgebieten, den Randbezirken, ein hoher Ausbaubedarf besteht, besonders in Gebieten, wo die soziale Lage etwas komplizierter ist als beispielsweise in meinem Bezirk Pankow, in Prenzlauer Berg.

Wir haben einen Ausbaubedarf. Die im Kitaentwicklungsplan prognostizierten 8 000 zusätzlichen Plätze für Kinder im Kitabereich stehen infrage. Wir haben nach wie vor eine wachsende Stadt. Der Trend geht zum Viertkind, habe ich mir neulich sagen lassen. Wir haben zusätzliche Kinder aus der Ukraine, von denen bisher um die 450 in unseren Kindertageseinrichtungen angekommen sind. Es gibt prognostizierte Zahlen von bis zu 5 000 Kindern, die wir unterbringen möchten. Wir möchten den Rechtsanspruch für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr umsetzen, um eine beste frühe Förderung zu ermöglichen.

Wir möchten alle Kinder erreichen. Auch dabei haben wir jetzt noch Defizite, im Speziellen im Bereich bei den unter Dreijährigen. Je älter die Kinder werden, desto besser wird die Inanspruchnahme. Wir haben ein weiteres Defizit, was die sogenannte Sprachförderung für unsere Sprachförderkinder betrifft, die nach dem Schulgesetz anderthalb Jahre vor der Schule geprüft werden, die bisherigen Nichtkitakinder. Auch hier haben wir einen großen Platzbedarf. Von daher ist die Frage, die hier aufgeschrieben ist – „Voraussetzungen für die Umsetzung der Kitaentwicklungsplanung 2022/23: Was wird benötigt?“ – , durchaus ernst gemeint. Ich freue mich darauf, von Ihnen zu hören, wie sich die Lage in der Praxis entwickelt, speziell auf den Ausbau geschaut. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen Dank! – Herr Simon, bitte!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Seidel hat fast alles richtig angemerkt zum Besprechungspunkt 2 a. Der Besprechungspunkt 2 b ist ein klein wenig anders formuliert, hat aber den gleichen Hintergrund. Er hat nämlich den Hintergrund, dass Tausende Familien in unserer Stadt händeringend einen Platz suchen. Es gehen die Familien zurzeit zwar nicht auf die Straße wie vor einigen Jahren, als wir große Demonstrationen hatten, aber es ist trotzdem so. Frau Seidel hat

den Förderatlas angesprochen und darauf Bezug genommen, dass dort Regionen sind, in denen jetzt keine Platzreserven mehr da sind und es einen prognostisch steigenden Bedarf gibt; es sind 48 von 143. Es ist gut, dass der Senat das kleinteilig, in diesen 143 Regionen betrachtet. Das ist eine gute Sache. Es ist prima, dass wir damit eine gute Grundlage haben, um darüber zu diskutieren. Es ist aber falsch, nur in Planzahlen zu denken, denn Planungen müssen irgendwann auch nachgehalten werden. Die Frage ist, ob Planungen erfüllt oder nicht erfüllt werden. Planungen sind gut, und auch eine gute Transparenz ist gut. Wenn dann aber politisch die Entscheidung im Senat gefällt wird, lieber mehr Stellen für Beamte und außerplanmäßig Tarifbeschäftigte zu schaffen, als mehr Geld in diesem wichtigen Bereich auszugeben, ob nun für Kitasanierung, Kitausbau oder Kindertagespflege – – Wenn wir die Platzzahl insgesamt betrachten, wird das immer so mitvereinnahmt. Wir hatten in den letzten Jahren leider viele Hundert Plätze, die dort weggefallen sind, was auch dazu geführt hat, dass wir in der Gesamtausbauzahl nicht so hingekommen sind, wie wir uns das eigentlich als Land Berlin am liebsten vorgestellt hätten. Ich meine, dass die Schlüsse dann eben richtig gezogen werden müssen. Das meint auch meine Fraktion. Deshalb sind wir der Meinung, dass Rot-Grün-Rot hier mehr tun muss.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank für die Begründung des Besprechungsbedarfs! – Möchte der Senat eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Ich sehe, dass das der Fall ist. – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kitausbau in Berlin ist bisher eine Erfolgsgeschichte, gerade auch aufgrund des hohen Engagements seiner Träger – ich gucke gleich mal nach hinten. Dafür möchte ich mich bei Ihnen an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Gemeinsam mit seinen Trägern ist es dem Land Berlin gelungen, den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr trotz stetig steigender Kinderzahlen zu gewährleisten. – Ich sage hier mal als Einschub: Wir haben gerade von der Konferenz gesprochen, wie es in anderen Bundesländern ist. Da guckt man neidvoll nach Berlin.

Auch in den kommenden Jahren stellt der Kitausbau einen Arbeitsschwerpunkt meines Hauses dar. Entlang der aktuellen Kitaentwicklungsplanung werden wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung bis Ende 2026 weitere 18 000 Kitaplätze schaffen und so auch die Mehrbedarfe decken, die durch den Zuzug aus der Ukraine entstehen. Hierzu stellt das Land Berlin ergänzend zu laufenden Bundesprogrammen auch in den kommenden Jahren weitere Finanzmittel im Rahmen des Landesprogrammes zur Verfügung. Durch das Bundesprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ seit dem Jahr 2008 und das Landesprogramm „Auf die Plätze, Kitas, los!“ seit dem Jahr 2012 konnten mit einem Fördervolumen von rund 540,5 Millionen Euro insgesamt rund 78 000 Kitaplätze geschaffen werden. Im Ergebnis dieser Förderung ist das Platzangebot bis Ende 2021 auf rund 182 000 Plätze in Kita und Tagespflege angestiegen. Zum Vergleich: Ausgangspunkt der aktuellen Kitaentwicklungsplanung war ein Angebot von rund 174 000 Plätzen im Mai 2020. Seither ist das Platzangebot somit um 8 200 Plätze angewachsen. Diese Entwicklung ist notwendig, denn auch die Inanspruchnahme der Betreuungsangebote nimmt ständig zu. Die Belegung ist in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen, bis Ende 2021 auf rund 172 500 Verträge in beiden Bereichen.

Die gesamtstädtische Bedarfsplanung für Angebote der Kindertagesbetreuung in Berlin erfolgt durch SenBJF in enger Zusammenarbeit mit den zwölf Berliner Bezirken. Die daraus

resultierende Kitaentwicklungsplanung bildet den prognostizierten Platzbedarf auf der gesamtstädtischen Ebene in Höhe von rund 200 600 Plätzen in Kita und Tagespflege bis zum Ende des Kitajahres 2025/26. Somit wird prognostiziert, dass bis dahin noch weitere 18 000 Plätze durch Ausbaumaßnahmen geschaffen werden müssen. Um diesen Bedarf zu decken, findet ein kontinuierlicher Platzausbau statt. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Verpflichtungsermächtigungen und der bisher vorgesehenen Landesmittel für 2022 und 2023 von 25 bzw. 31,5 Millionen Euro sollen in den kommenden Jahren rund 10 000 Plätze realisiert werden. Der weitere Platzausbau von circa 8 000 Plätzen soll zum einen aus dem Bestand gelöst werden, circa 3 000 Plätze durch die Steigerung der Ausschöpfung der Betriebslaubnisse sowie im Rahmen von städtebaulichen Verträgen, zum anderen sollen weitere rund 5 500 Plätze bis Ende 2026 durch eine Fortsetzung des Landesprogramms realisiert werden. Hierfür sind unter den bisher gültigen Annahmen einer Fördersumme von durchschnittlich 20 000 Euro pro Platz in den nächsten Jahren circa 110 Millionen Euro erforderlich, für die im Haushalt 2022/23 sowie in der Finanzplanung Vorsorge zu treffen ist.

Mein Haus hält weiterhin an der bestehenden Bedarfsplanung fest. Treiber sind der geplante Wohnungsbau, die Zuzugsentwicklung im Anschluss an die Coronaphase, steigende Betreuungsquoten vor allem in der Altersgruppe 1 Jahr bis unter 3 Jahren sowie aktuell fluchtbedingte Zuzüge, zum Beispiel aus der Ukraine. Diesbezüglich geht mein Haus davon aus, dass alle nach Berlin geflüchteten oder vertriebenen Kinder aus der Ukraine grundsätzlich einen Anspruch auf einen Kitaplatz haben. Aufgrund der Überschätzung der Bevölkerungsprognose sind diese Zusatzbedarfe aber bisher wohl planerisch gedeckt.

Fazit: Der Platzausbau ist in den nächsten Jahren zwingend im erforderlichen Umfang fortzusetzen. Neben der Schaffung neuer Kitaplätze ist ebenfalls der Erhalt von Kitaplätzen durch Sanierungsmaßnahmen notwendig. Hierfür müssen frühzeitig die notwendigen Finanzmittel bei der Haushaltsplanaufstellung unter der Berücksichtigung der anhaltenden Kostensteigerungen und der mehrjährigen Umsetzungszeiträume baulicher Maßnahmen vorgesehen werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Senatorin! – Wir haben jetzt unsere Anhörung. Wir würden in alphabetischer Reihenfolge vorgehen. Wir haben eine Anhörungszeit von fünf Minuten vereinbart. Bitte stellen Sie sich darauf ein, auch diejenigen, die sich die Zeit aufteilen. Wir würden mit Herrn Békési beginnen. Dann folgt Frau Freistühler, danach Frau Grenner, Herr Hoyer, Frau Sperle, Herr Spieker und Frau Thielen. Ich gehe davon aus, dass wir so verfahren können. Dann würde ich darum bitten, dass Herr Békési den Anfang macht. Ihre Stellungnahme, die Sie den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt haben, ist versendet und angekommen, sodass Sie wissen, dass Sie jetzt anfangen können. – Herr Békési, bitte!

Lars Békési (Verband der Kleinen und Mittelgroßen Kitaträger Berlin e. V. – VKMK –; Geschäftsführer) [zugeschaltet]: Schönen guten Tag! Vielen Dank! – Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Staatssekretäre! Vielen Dank für die Einladung des VKMK in diese Sitzung! Gemäß der zeitlichen Vorgabe, die Sie gerade genannt haben, werde ich in den kommenden Minuten kurz die Einschätzung des VKMK skizzieren und im Anschluss bei etwaigen Fragen nähere Ausführungen vornehmen.

In Bezug auf die Frage, was benötigt wird, um die Umsetzung des Kitaentwicklungsplans vorzunehmen, müssen wir erst mal die Feststellung machen, dass die Baugenehmigungsverfahren mit all ihren diversen Anforderungen weiterhin im Schnitt 15 bis 18 Monate dauern und dass die Mitwirkung der Kitaaufsicht an dem Prozess ebenfalls zusätzlich als Zeitfaktor anzusehen ist. Das dauert dadurch etwas länger. Das sind nochmals 6 bis 12 Monate. Außerdem müssen wir feststellen, dass bereits vor der Kostenexplosion der Baukosten, die wir jetzt gerade erleben, die Kitaträger im Durchschnitt einen Kostenanstieg von 6 bis 10 Prozent hatten. Wenn wir nunmehr die aktuellen Preisentwicklungen miteinbeziehen und nur diesen Zeitraum April 2021/22 mit ins Bild nehmen – ich skizziere nur zwei, drei Aspekte mit einem Anstieg an: Bitumen 69 Prozent, Betonstahl mit Stäben 79 Prozent, Betonstahlmatten 71,6 Prozent, Bauholz 39,4 Prozent –, kann man davon ausgehen, dass die Bauträger diese Preise mittelfristig bis kurzfristig umlegen werden. Das hat eine Konsequenz, nämlich später in den Mietkosten.

Was leiten wir daraus ab? – Im Ergebnis bedarf es aus unserer Sicht mehrerer Maßnahmen. Erstens: Verkürzung und Vereinfachung der Baugenehmigungsverfahren mittels einer Genehmigungsfiktion. Zweitens: Organisatorische Prozessoptimierung der Kitaaufsicht. Drittens: Anpassung der Fördermittel durch die Einbeziehung des Baupreisindex. Viertens – das ist uns wichtig und ist entscheidend –: Der Kitaplatzausbau wird nur im Einklang mit der Gewinnung von 1 000 zusätzlichen Fachkräften gelingen.

Auf diesen Aspekt gehe ich noch kurz ein. Der Kitaplatzausbau wird nur erfolgreich sein und bleiben, wenn wir ausreichend qualifizierte, motivierte und vor allem in ausreichender Anzahl Fachkräfte haben. Damit sind wir im Wettbewerb zeitgleich mit allen anderen Bundesländern. Wenn wir diese Fachkräfte nicht haben, haben wir nur zwei Konsequenzen. Die erste Konsequenz ist, dass wir leere Baukörper haben, oder wir haben – zweitens – eine Verschlechterung der Qualität. Ein Beispiel skizziere ich kurz auch hier an, und zwar zum Kitaentwicklungsplan 2021 für den Bezirk Lichtenberg. Daraus geht hervor: 800 neue Betreuungsplätze, die seit Juli 2020 gebaut wurden, der zusätzliche Platzbedarf allein für diesen kleinen Bezirk bis 2025 sind 3 500 Plätze, 1 144 derzeit unbelegte Kitaplatze aufgrund fehlender Fachkräfte.

Folglich kommen wir zur wesentlichen, entscheidenden Frage. Wenn wir allen Kindern gute Bildungschancen tatsächlich gewähren und eine frühkindliche Bildung als die erste Bildungseinrichtung mit entsprechender Qualität fortbetreiben wollen, bedarf es weiterer Tausender Fachkräfte. Zusätzlich dazu bedarf es besserer Rahmenbedingungen für diese Fachkräfte. Ich skizziere hier nur zwei Aspekte: Die mittelbare pädagogische Arbeit muss mehr einbezogen werden. Die Entlastung der Fachkräfte von nichtpädagogischer Arbeit muss einbezogen werden. Die Kitasozialarbeit muss in allen Kitas stattfinden. Ein Spezialthema: Die Quote des sogenannten ndH-Anteils – nichtdeutsche Herkunft – müsste abgeändert werden. Was bedeutet das aus Sicht als Bauträgersystem Kitaträger? – Wir brauchen eine angemessene finanzielle Ausstattung. Diese Ausstattung heißt eine zusätzliche Sonderzahlung aufgrund der aktuellen Kostensteigerung oder die ehrliche Diskussion der Anpassung der Erhöhung der Deckelung der derzeitigen 90 Euro für pädagogische Zusatzleistungen gegebenenfalls auf 200 Euro.

Zweitens wäre dazu noch zu erwähnen, dass der Verbraucherpreisindex, der derzeit in der RV Tag immer mit in Ansatz gebracht wird, mit dem Baupreisindex für diese Gebäudeanteile zu ergänzen wäre, damit dieser Teilbereich adäquat abgedeckt wird und auch etwaige Sanierungskosten abgedeckt werden.

Das in der Schnelle. Ich hoffe, ich habe die fünf Minuten damit tatsächlich erreicht; ich habe nur anskizziert. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Unsere Erwartungshaltung ist eigentlich recht einfach zu formulieren, nämlich dass all diese skizzierten Aspekte in ihrer Tiefe auch im künftigen Haushalt wiederzufinden sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Békési! – Es ist quasi eine Punktlandung. Wir können an Frau Freistühler und Frau Grenner übergeben. Bitte teilen Sie sich zu, wie Sie antworten möchten!

Claudia Freistühler (Kindergärten City; kaufmännische Geschäftsleiterin) [zugeschaltet]: Danke! – Ich fange mal an. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns jetzt erst einmal wirklich auf die Bauthemen begrenzt, um die Perspektive der Eigenbetriebe einzubringen. Was sicher allen gemeinsam ist, die Kitaplätze bauen wollen, die also am Platzausbau teilhaben wollen, ist die Vielzahl der Beteiligten. Es sind bereits im Vorfeld der Beantragung einer Baugenehmigung oder einer Betriebserlaubnis in der Regel Fördermittel zu beantragen. Das durchläuft etliche Schleifen. Die Träger, auch wir, müssen dabei mit mindestens 10 Prozent der Kosten in Vorleistung gehen. Wir gehen das Risiko ein, dass bei begrenzten Mitteln – sie wurden eben genannt – ein Antrag nicht berücksichtigt wird. Wenn dann eine Prüfung für Fördermittel durch ist, sind die Baukosten schon gestiegen, die Schätzkosten sind also nicht mehr valide. Es kommt dann auch vor, dass antizipierte Baukostensteigerungen der Prüfung so nicht standhalten. Insgesamt ist das eine schwierige Gemengelage. Von der Idee, einen Platz zu schaffen, bis zu der Tatsache, dass ein Platz wirklich belegt ist, können durchaus fünf, sechs Jahre vergehen. Die Plätze, die es gibt, sind nicht sofort belegt, wenn sie hergerichtet sind, denn dann baut sich eine Einrichtung auf, es baut sich ein Team auf, das dauert unter Umständen, je nach Kitagröße, auch noch mal ein bis zwei Jahre.

Schwierig ist auch die Kombination verschiedener Fördermittel. Es muss jeweils ein eigener Antrag gestellt werden, mit eigenen Bedingungen und eigenen Nebenbestimmungen. Fortlaufend müssen wir Verwendungsnachweise erstellen, die teilweise sehr aufwendig in den Prüfverfahren dieser Verwendungsnachweise sind, was auch Ressourcen bei uns Trägern bindet. Insgesamt gehen wir, alle Träger, damit erhebliche betriebliche Risiken ein, für einen Platz, den wir heute planen, den wir auf jeden Fall anteilig mitfinanzieren, bei Kostensteigerungen mit einem höheren als dem eigentlichen Eigenanteil. Wir wissen ja nicht genau, ob der Platz in fünf, sechs Jahren in dem Ausmaß an der Stelle gebraucht wird, für die Altersgruppe, für die gebaut wird. Wir wünschen uns insgesamt schnellere und straffere Verfahren. Die Förderhöchstgrenzen sind sicherlich nicht ausreichend, wenn wir im Moment von einer Förderhöchstgrenze von 30 000 Euro sprechen. Dafür ist kein Kitaplatz mehr darstellbar. Es wäre zumindest hilfreich, wenn die Verfahren so weit im Vorfeld der Genehmigungsbeantragung, der Fördermittelbeantragung verschlankt werden könnten. – Das ist das eine, was wir sagen können.

Das andere ist, dass wir ganz dringlich darauf hinweisen müssen – das war auch im Rahmen der RV-Tag-Verhandlungen im vergangenen Jahr immer wieder ein Thema –, dass der Platz-erhalt ganz stark in den Vordergrund rücken wird. Die Gebäudesubstanz ist bei den Eigenbetrieben in unterschiedlichem Ausmaß, aber auch bei den freien Trägern der verschiedenen Verbände oft wirklich miserabel. Es stehen diverse Plätze, die im Moment am Netz sind, in

Gefahr. Unserer Ansicht nach ist da noch mal wirklich reinzuschauen, wie wir Plätze erhalten und über eine gute Förderung zeitgleich Plätze im Bestand ausbauen können. Das ist sicherlich auf lange Sicht dort hilfreich, wo es möglich und überhaupt nötig ist, nämlich in den Innenstadtbezirken oder sonstigen dicht bebauten Gegenden.

Für uns Eigenbetriebe können wir sagen, dass wir natürlich auch mehr ohne Fördermittel machen würden. Der Weg, Darlehen aufzunehmen, ist uns im Moment noch verwehrt, Darlehen, die gerade in Bezug auf den Platzersatz und den Ausbau im Bestand sehr wichtig wären, um zeitnaher agieren und die Schwierigkeiten, die man mit Förderungen schon mal hat, ein bisschen verkürzen zu können. Da haben es freie Träger in der Regel einfacher. Sie können Darlehen aufnehmen. Sofern das wirtschaftlich ist, wird das ja auch gemacht, was auch ein Punkt ist, warum freie Träger an mancher Stelle schneller ausbauen können, als es die Eigenbetriebe tun können. – Ich denke, dass ich die Zeit ganz gut einhalten konnte. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Frau Grenner, möchten Sie noch ergänzen?

Katja Grenner (Kindergärten City; pädagogische Geschäftsleiterin) [zugeschaltet]: Das möchte ich nicht. Ich würde mich Herrn Békési zum Thema Personal anschließen. Das Thema teilen wir, deshalb muss ich das nicht wiederholen. „Gute Kita“ heißt gute Gebäude mit qualifiziertem Personal. Das wurde gesagt. Ich muss es nicht wiederholen. Es werden vielleicht andere nach mir tun. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Grenner! – Dann Herr Hoyer, bitte! Auch Sie hatten uns ja die Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses schon zugesandt. Deshalb können Sie gerne anfangen.

Martin Hoyer (Landesjugendhilfeausschuss des Landes Berlin – LJHA –; stellvertretender Vorsitzender) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Senatorin! Herren Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung des LJHA in die Anhörung! Dass die Beschlüsse Ihnen schon zugegangen sind, habe ich eben gehört. Wir haben uns als Landesjugendhilfeausschuss sehr intensiv sowohl mit der Planung, die im Herbst 2020 vorgelegt worden ist, als auch mit der Fortschreibung, die im Herbst 2021 vorgelegt wurde, beschäftigt. Sie haben die Beschlüsse gesehen. Ich möchte auf ein paar Punkte besonders eingehen, auch wenn sie vielleicht jetzt nicht exakt auf die Fragestellung hinweisen. Das, was gesagt wurde, kann ich im Wesentlichen unterzeichnen, im Übrigen auch das, was die Senatorin zur Einleitung gesagt hat, vielleicht mit einer etwas anderen Betonung über die Frage der erfolgreichen Umsetzung.

Die Kitaplanung des Landes Berlin sieht vor, dass wir im landesweiten Durchschnitt 95,3 Prozent der über dreijährigen und 75,6 Prozent der ein- bis dreijährigen Kinder einen Kitaplatz zur Verfügung stellen können, und zwar bis zum Jahr 2026. Wir hatten eine Planung im Jahr 2015, in der wir das Ziel auf 2020 terminiert hatten. Man merkt – jenseits der Anmerkungen zur Vorgängerplanung – drei wesentliche Themen und Fragestellungen, nämlich die Fragen: Sind die angestrebten Versorgungsquoten wirklich richtig? Wie sieht es regional aus, denn wir sprechen ja hier immer von einem landesweiten Durchschnitt? Wie sieht es also mit wohnortnahen Angeboten aus? Wann stehen diese Plätze wirklich zur Verfügung?

Zu den Versorgungsquoten: Wir wissen ehrlicherweise nicht so ganz genau, ob wir die richtigen Versorgungsquoten anlegen. Er gibt allerdings Hinweise, zum Beispiel aus der in unserem Beschluss zitierten Befragung des Deutschen Jugendinstituts, dass Eltern durchaus stärkere Betreuungswünsche artikulieren, als wir sie in der Planung angelegt haben. Wir brauchen in unserem System dringend ein Überangebot, damit es gut funktioniert. Wir haben unterjährige Bedarfsschwankungen, aber wir brauchen auch die Möglichkeit von Wunsch- und Wahlrecht. In diesem Zusammenhang ist mir immer wichtig zu betonen, dass das Land Berlin sich hier fiskalisch ein kluges System geschaffen hat. Es bezahlt nämlich keine Vorhaltekosten. Nur wenn der Platz belegt ist, wird dieser Platz auch refinanziert. Eine Kita hat sehr kurze Reaktionszeiten. Wir können nicht abwarten, wie viele Kinder tatsächlich geboren wurden und dann in die Kitaplanung gehen, sondern wir müssen vorausschauend sein. Das heißt, wir brauchen ausreichende Puffer im System; das hat der LJHA noch mal betont. Die sind in der Planung angelegt, aber manchmal habe ich den Eindruck, dass im tatsächlichen Vollzug dann so getan wird, als wäre es ein Nice-to-have. Nein, sie sind notwendig, wir brauchen diese Puffer, und sie müssen da sein.

Wie sieht es mit der regionalen oder wohnortnahen Verteilung aus? – Wir haben eine erhebliche Ungleichverteilung. Eine reine Durchschnittsbetrachtung reicht uns bei der Größe der Stadt nicht aus. Fatalerweise – auch das hat die Senatorin am Anfang schon gesagt – sind insbesondere Bezirksregionen von niedriger Versorgung betroffen, die man zumindest als sozial belastet charakterisieren kann. Wir sind uns sicher einig, dass wir gerade dort eine hohe und frühe Teilhabequote für die Kita als richtig erachten. Ein gutes wohnortnahes Angebot mit Kitaplätzen ist unerlässlich, wenn wir diese Familien erreichen wollen. Es braucht noch mehr. Es braucht gute Einrichtungen. Es braucht auch Werbung. Wenn wir Werbung für eine Kita machen, die wir nicht haben, ist das ein Problem. Es nützt den Eltern nichts, wenn zwar in Pankow Plätze da sind, sie aber in Spandau wohnen. Das muss planerisch stärker in den Fokus rücken. Der LJHA fordert eine besondere Unterstützung für diese Gebiete.

Wann stehen die Plätze zur Verfügung? – Dazu möchte ich noch mal betonen, dass ich wirklich überzeugt davon bin, dass Berlin ein gutes und leistungsfähiges Kitasystem hat. Wir haben in den letzten Jahren erhebliche Ausbautzahlen bewältigt. Das ist gut und richtig. Das ging nur mit dem Zusammenspiel von Trägern, Elterninitiativen, Eigenbetrieben und der dezentralen Verantwortungsübernahme. Wir hätten das zentral niemals planen und durchführen können. Das Kitasystem in Berlin braucht sich vor anderen Bundesländern nicht zu verstecken. Trotzdem ist es uns in den letzten Jahren nie gelungen, vor die Lage zu kommen. Wir haben immer geplant und gesagt, in Zukunft haben wir das Problem gelöst. Das ist uns bislang nicht gelungen. Eine Planung, die darauf angelegt ist, dass im Jahr 2026 die eigenen Ziele erfüllt werden, kann Eltern im Jahr 2022, die jetzt einen Kitaplatz benötigen, nicht zufriedenstellen. Deswegen war eine der Kernforderungen des LJHA immer – das ist hier ja eben auch schon gesagt worden –: Wir brauchen die Förderung schneller und stärker. Wir brauchen schnell Fördermittel. – Die Möglichkeiten, die wir hätten, lassen sich an den Förderanträgen, die vorliegen, ablesen. Wir nutzen sie nicht. Diese abwartende Haltung des Haushaltsgesetzgebers ist für uns nicht nachvollziehbar.

Ich bin sehr schnell und hoffe, die Zeit trotzdem einzuhalten. Ich habe noch drei Punkte, die mir wichtig sind, die ich noch nicht erwähnt habe, die in unseren Stellungnahmen enthalten sind. Es ist vorhin von Herrn Simon auch schon angesprochen worden: Die Kindertagespflege ist ein wichtiger Bestandteil in der Versorgung, die bei all dem, was wir hier tun, nicht vergessen werden darf. Wir müssen auch hingucken, warum dort Plätze wegfallen. Es ist angesprochen worden, dass es ohne Fachkräfte nicht funktioniert. Insbesondere muss uns der Rückgang in der Vollzeitausbildung beschäftigen. Wir als LJHA haben eine Landesausbildungsförderung angeregt. Man muss sich damit beschäftigen. Wir brauchen dringend weiterhin eine gute Ausbildung, auch in der Vollzeitausbildung.

Neben dem Ausbau muss der Erhalt ganz stark in den Fokus genommen werden. Das hat Frau Freistühler eben auch schon angesprochen. Wir brauchen dringend mehr Mittel für eine bessere Förderung bei der Bewältigung der Sanierungslasten. Wir können uns den Wegfall von bestehenden Plätzen nicht leisten.

Ich hoffe, ich habe nicht zu schnell gesprochen. Sie haben es ja auch alle schriftlich vorliegen. Ich hoffe, ich habe die Zeit eingehalten.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Das gibt mindestens zwei Bienen für beides. Damit übergebe ich an Frau Sperle. – Bitte!

Babette Sperle (Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden e. V. – DaKS –; Mitgliedervertretung): Vielen Dank! – Einen schönen guten Tag! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Danke für die Einladung! – Ich möchte zu vier Aspekten kurz etwas beitragen. Das Erste ist der Aspekt der Planung. Man muss an dieser Stelle auch benennen: So gut, wie die Planung zurzeit ist, war sie ganz viele Jahre überhaupt nicht. Wir sind also in einem sensationellen Zustand, überhaupt Planungszahlen vorliegen zu haben. Wie man damit umgeht, ist natürlich immer die interessante Frage. Wenn Sie, Frau Senatorin, sagen, wir gehen davon aus, dass die Planungsgrößen so sind, dass wir auch die geflüchteten Kinder aus der Ukraine dort miteinfließen lassen konnten, weil Prognosen so nicht eingetroffen sind, ist das natürlich aus meiner Sicht ein bisschen

ein dünnes Brett, wo wir gut aufpassen müssen, weil wir überhaupt noch nicht wissen, ob diese Effekte, die sich jetzt durch die Bevölkerungsprognose abgebildet haben, mit einer ganz kleinen Stagnation bei den Geburtenzahlen, etwas sind, was verfangt, was sich verfestigt und uns dann vielleicht ein bisschen Luft verschaffen würde. Das wissen wir heute einfach noch nicht. Deshalb bin ich sehr vorsichtig mit so einer Interpretation.

Darüber hinaus besteht natürlich auch die Hoffnung, dass durch eine höhere Auslastungsquote der betriebserlaubten Plätze wirklich ein großer Wurf zu gewinnen ist. Wir haben seit vielen Jahren, seitdem es eine gute Kitaplanung gibt und sich das über das ISBJ-System abbildet, eine Quote von ungefähr 7 bis 8 Prozent nichtbelegter Plätze, die erlaubt sind. Ich nenne das immer die wandernde Masse. Das ist ein bisschen das, was Herr Hoyer sagt: Der Platz in Pankow hilft der Familie in Spandau nicht. – Das ist etwas Bewegliches. An der Stelle bildet sich wirklich ab, was für ein Riesentanker Berlin ist. Es hilft nichts, wenn ich unter Deck bin, aber oben die Luft schnuppern will. Da muss man gucken, was die wirklichen Effekte sind, die wir darüber zu erwarten haben. Damit muss man ehrlich umgehen.

Darüber hinaus ist natürlich gerade bei dem Thema Förderprogramm ganz wichtig zu wissen, was mit den engen Deadlines passiert, die hier gesetzt werden. Vor zwei Tagen ist die Deadline für die Fördermittelanträge für das Jahr 2023 abgelaufen. Ich spreche hier vor allen Dingen für den Bereich der Kleinsteinrichtungen und Elterninitiativen. Die Eltern, die nächstes Jahr gründen wollen, wissen das heute noch gar nicht. Das bedeutet, wir haben in der Stadt ein enormes Potenzial für Kleinsteinrichtungen. Von den 2 800 Kitas in Berlin sind über 1 000 Einrichtungen solche mit bis zu 30 Plätzen. Das ist also eine richtig große Nummer. Wenn wir das verschenken, indem wir Förderrichtlinien so eng stricken und keine unterjährigen Anträge zulassen, dann verlieren wir dieses Potenzial. Das muss aus meiner Sicht dringend nachgebessert werden, um diese Ressource abschöpfen zu können. Das klingt jetzt ein bisschen technisch, aber am Ende ist jeder Platz, der geschaffen wird, ein wichtiger Platz.

Dennoch ist Geld nicht immer alles, denn das, was wir erleben – das wurde eingangs schon von anderen angeteasert –, ist wirklich die Bürokratie, die sich, wie ich erlebe, tatsächlich immer mehr verselbstständigt. Die ist schon echt heftig, auch was die Auflagedichte betrifft. Das hat auch ein bisschen etwas damit zu tun, denken wir, dass viel Geld ins System gegangen ist, was Erwartungen weckt. Wenn ich einem Träger 20 000 Euro in die Hand drücke und sage: Hiermit baust du jetzt einen Kitaplatz! –, dann wissen wir auf der einen Seite, dass ich das damit nicht schaffe, wenn ich einen neuen Platz baue, dass sich auf der anderen Seite damit aber Erwartungshaltungen verbinden: Für 20 000 Euro würde ich aber einen Platz hinstellen, der sich gewaschen hat. – Das ist natürlich etwas, was nicht zusammenpasst. Das Geld fällt weg, aber die Erwartung bleibt. Da müssen wir tatsächlich auch noch mal gucken, wie diese Erwartungshaltung, die wir gegenüber Kitaträgern transportieren, überdacht werden kann und wie die Interpretationsmöglichkeiten und Ermessensspielräume, die es ja gibt, auch wieder stärker genutzt werden. Wenn ich von einer neuen Kita höre, die Räume im Denkmalschutz umbaut, und dort durch den Denkmalschutz Auflagen bestehen und sich dann zeigt, dass die Raumhöhe von 2,40 m nicht zu erreichen ist, weil 7 cm fehlen und der Kitaträger keine andere Wahl hat, als den gesamten Gebäudeboden auszukoffern und die Einrichtung um 7 cm nach unten zu legen, um 2,40 m Deckenhöhe zu erreichen – das kostet Unsummen –, dann kriege ich schlechte Laune. Denn ich denke mir, das muss doch anders gehen. Es kann doch nicht an 7 cm scheitern. Das ist wirklich etwas, wo wir uns erhoffen und wünschen, dass

mehr Ermessensspielräume genutzt werden und hier vor allen Dingen auch die Elterninitiativen den Unterstützungsbedarf bekommen, der ihnen vom Gesetzgeber zusteht.

Habe ich noch eine halbe Minute? – Sehr schön! Dann möchte ich nur ganz kurz auch ein bisschen in die Kerbe des Personals reinhauen. Wenn wir in den Kitaentwicklungsplan schauen, sehen wir, dass wir auch weiterhin sehr stark mit Quereinsteigenden planen. Das ist gut. Das ist richtig. Sie sind eine große Bereicherung für unsere Stadt und auch für unser System, weil die gute Kita natürlich von den Menschen lebt, die dort arbeiten. Ganz ehrlich, wenn ich mich an meine Kitazeit erinnere – wie sicherlich ganz viele von Ihnen auch –, dann erinnern wir uns nicht daran, welche Farbe die Wände hatten, sondern wir erinnern uns daran, was für eine tolle Erzieherin wir hatten, wie toll es im Garten war, und die allermeisten sagen sowieso, die Köchin war die Beste. Das ist etwas, das wir uns immer ein Stück weit verinnerlichen müssen: Wer macht denn die Kita gut? Demzufolge ist es wichtig, dass wir hier die Menschen im Blick haben und für gute Rahmenbedingungen sorgen, dass wir diese Menschen, die unsere Kinder jeden Tag begleiten, gut im Blick haben. – Damit höre ich einfach jetzt an der Stelle auf. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank, Frau Sperle! – Dann übergebe ich an Herrn Spieker. Herr Spieker hat uns vorab ein paar Folien geschickt, die jetzt gleich angeworfen werden. – Herr Spieker, Sie können loslegen!

Stefan Spieker (FRÖBEL e. V.; Vorstandsvorsitzender) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Herren Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich an der Anhörung teilnehmen darf! Ich habe genau sechs Folien mitgebracht. Wir können gleich zur zweiten Folie gehen.

Kita-Ausbau auf politische Kernziele fokussieren Seite 2

- Politisches Ziel der Koalition: **Sicherstellung einer Teilhabequote** (Betreuungsquote) der Kinder von 3 bis 6 Jahren von **mindestens (!) 95%**
- Sicherstellung einer **Inanspruchnahmequote** von **mindestens 70%** in allen Bezirken
- Fokus auf **Erhöhung der Teilhabequote von Kindern mit familiärer Migrationsgeschichte**

➤ Nur so wird eine weitere Spreizung verhindert und Bildungsgerechtigkeit sichergestellt.

Tabelle 22: Betreuungsquoten zum 31.12.2019 und 31.12.2020 nach Altersstufen und Bezirken

Bezirke	1 bis u3 Jahre		3 bis u6 Jahre		6 bis u7 Jahre	
	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020
01 Mitte	64,6%	65,7%	91,5%	92,6%	31,5%	31,8%
02 Friedrichshain-Kreuzberg	72,4%	74,5%	95,8%	97,3%	30,9%	32,8%
03 Pankow	81,8%	80,5%	95,9%	95,6%	31,4%	34,4%
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	67,1%	67,8%	90,6%	91,1%	27,6%	30,7%
05 Spandau	56,9%	56,1%	86,5%	86,1%	32,2%	32,0%
06 Steglitz-Zehlendorf	72,7%	73,6%	93,1%	91,9%	28,6%	30,1%
07 Tempelhof-Schöneberg	67,1%	69,1%	91,6%	92,6%	30,5%	32,0%
08 Neukölln	58,8%	60,5%	91,2%	90,8%	31,5%	32,0%
09 Treptow-Köpenick	74,9%	74,9%	92,4%	92,0%	30,2%	32,3%
10 Marzahn-Hellersdorf	70,3%	70,1%	92,2%	90,4%	35,1%	35,8%
11 Lichtenberg	71,3%	70,4%	91,4%	91,8%	32,5%	33,1%
12 Reinickendorf	58,4%	58,9%	89,2%	89,6%	32,0%	30,9%
Berlin	68,5%	69,0%	92,0%	92,0%	31,2%	32,4%

Quelle: ISBJ/Kita - Festschreibungen; Berechnung: SenBildJugFam / Gesamtjugendhilfeplanung

www.froebel-gruppe.de

Ich finde es sehr schön, dass wir uns mit den Vorrednern sehr gut ergänzen, denn ich werde mich auf ein paar Punkte fokussieren, die schon angesprochen wurden, vor allem von Herrn Hoyer. – Wir haben als Kitaträger hier in Berlin 35 Einrichtungen. Wir haben immer wieder den Eindruck, dass wir, ja, in den Statistiken steigende Platzzahlen sehen, haben aber in der Realität das Gefühl, wir können unsere Plätze eigentlich nur noch an Geschwisterkinder vergeben und nur noch ganz wenige Kinder von draußen aufnehmen. Wir haben lange Wartelisten. Gefühlt könnten wir jede Einrichtung doppelt ausfüllen und fragen uns, was da los ist. Von daher haben wir uns die Statistik, den Kitaentwicklungsplan, einmal genauer angesehen und ein paar Feststellungen gemacht – schon länger, ich glaube, Herr Hoyer teilt sie –, nämlich, dass wir bestimmte Kernzahlen angucken müssen. Und zwar: Wir stellen fest, dass wir noch vor ein paar Jahren eine Inanspruchnahmequote bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren – also die letzten drei Jahre vor der Einschulung – von 96 Prozent gesehen haben. Diese Quote ist gesunken. Seit zwei, drei Jahren liegt sie bei ziemlich genau 92 Prozent über die gesamte Stadt. In verschiedenen Bezirken – am schwierigsten ist es in Spandau – ist sie auf bis zu 86 Prozent heruntergegangen. Das heißt, 14 Prozent der Kinder gehen drei Jahre vor der Einschulung nicht in die Kita. Was das für Konsequenzen hat und welche Probleme damit entstehen, wissen wir alle. Es wäre eine dringende Bitte oder ein dringender Wunsch, dass diese Quote der Inanspruchnahme von Kindern in den letzten drei Jahren vor der Schule, nicht in den letzten anderthalb Jahren vor der Schule, genau in den Blick genommen und insgesamt geguckt wird, wie sich bei den Kindern unter drei Jahren insgesamt die Inanspruchnahme darstellt, damit die Spreizung nicht zu groß ist. Das wäre dann eine Zielsetzung von 70 Prozent, die mindestens erreicht werden sollte. Dann haben wir, glaube ich, eine gute Vorbereitung und eine gute Basissetzung für die frühe Bildung in den Kindertageseinrichtungen.

Seite 3

Feststellung bei Analyse des fortgeschriebenen Kitaentwicklungsplans (KEP)

- **Teilhabe- und Bedarfsverschiebungen** zwischen den Alterssegmenten und zwischen Familien mit und ohne **Migrationsgeschichte werden nicht abgebildet**
- In den letzten Jahren ist die Teilhabequote insgesamt leicht gestiegen, die Teilhabequote der 3-6-jährigen aber gesunken
- Insgesamt haben sich die Teilhabequoten **zu Lasten von Familien mit Migrationsgeschichte** und Familien mit schwierigem sozialökonomischen Status **verschoben** (siehe *Dohmen, Dieter et al (2021): Entwicklung frühkindlicher Bildungsbedarfe in Berlin. Von der Anmeldung zur Zusage – ein Blick ins Nadelöhr. Berlin*)
- Das bildet die Fortschreibung des KEP aber nicht ab, da diese Teilsegmente nicht untersucht bzw. analysiert werden

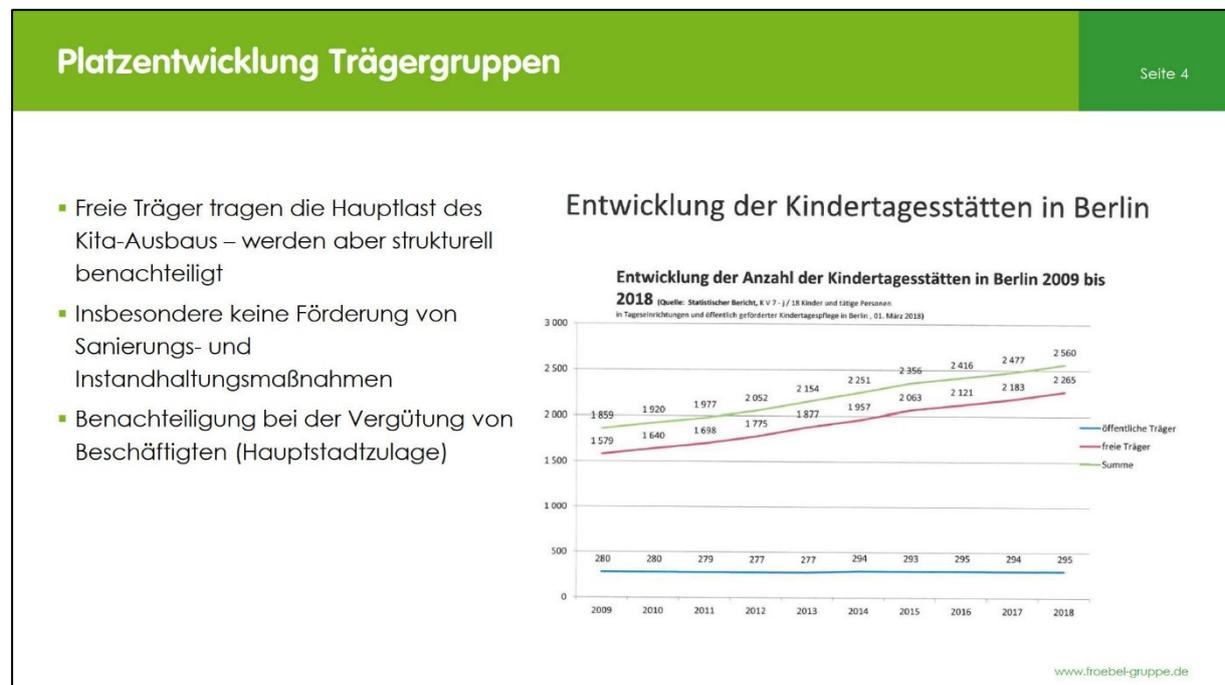
Bezirk	3 Jahre bis Schuleintritt ohne Migrationshintergrund	3 Jahre bis Schuleintritt mit Migrationshintergrund
01 Mitte	102,0%	101,8%
02 Friedrichshagen	101,8%	101,8%
03 Prenzlauer Berg	100,0%	100,0%
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	84,2%	100,0%
05 Tempelhof-Schöneberg	86,9%	100,0%
06 Steglitz-Zehlendorf	85,7%	100,0%
11 Lichtenberg	84,3%	100,0%
08 Neukölln	78,8%	100,0%
09 Spandau	75,7%	100,0%
10 Treptow-Köpenick	87,3%	100,0%
12 Haidenhausen	63,9%	100,0%
13 Reinickendorf	63,7%	100,0%
14 Marzahn-Hellersdorf	58,1%	100,0%
Mitte	82,5%	100,0%

Quelle: FEG/RLLL Berechnungen auf Basis Einwohnermeldestatistik und KiFS-Datensätze sowie Daten von Statistik Berlin-Brandenburg.
Anmerkung: Die Definitionen zum Migrationshintergrund sind nicht rechnerisch gleich. Soweit die Zahl der Kinder ohne Migrationshintergrund in
Fördergesamtheiten in einem Bezirk höher war als die Zahl der Kinder ohne Migrationshintergrund auf Einwohnermeldestatistik in diesem Bezirk, wurde
deren Zahl auf 100% der Einwohnermeldestatistik begrenzt.

Abbildung 8: Besuchsquoten für 3- bis 5-jährige Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in Berliner Bezirken 2021.

Es wird auch deutlich, dass wir eine unterschiedliche Inanspruchnahmequote von Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern ohne Migrationshintergrund haben. Wir haben extreme Teilhabe- und Bedarfsverschiebungen, die wir ziemlich klar differenziert auf die unterschiedlichen Bezirke ansehen können. Wir haben in Bezirken wie Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg

und Pankow eine fast hundertprozentige Bedarfsdeckung und Inanspruchnahme bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren über alle Bevölkerungsgruppen, sowohl bei der Migrations- als auch bei der Nichtmigrationsbevölkerung. Diese Schere geht auseinander bis nach Marzahn-Hellersdorf mit einer Inanspruchnahme von knapp 59 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund. Das ist wirklich erschreckend. Diese Zahlen müssen uns, glaube ich, alle verstören und dazu auffordern, im Kitausbau noch mal nachzusteuern, insbesondere in den betroffenen Bezirken, denn wir müssen sicherstellen, dass Kinder, die besonders von einer Sprachförderung und -bildung in der Kita profitieren, teilhaben können. Momentan haben wir Barrieren und Verdrängungseffekte. Das heißt, die, die sich gut ausdrücken können, die Anwälte einsetzen können, kriegen alle einen Platz – die, die sich bei zehn Kitas bewerben, und die, die das nicht so gut können und vor allem nicht diese Mittel und Ressourcen haben, werden aus dem System gedrängt. Das wird ziemlich deutlich. – Diese Studie haben wir mit einer Trägergruppe von zwölf Trägern beim FiBS in Auftrag gegeben. Das FiBS ist relativ bekannt und macht auch viele Untersuchungen für das Bundesministerium. Es ist durchaus ein seriöses Institut.



Das, was wir weiterhin sehen können – ich danke noch mal dem Paritätischen für die Zurverfügungstellung dieser Folien, die sind vom Paritätischen auch fortgeschrieben worden –, ist, dass die freien Träger wirklich das Rückgrat des Kitausbau in dieser Stadt abbilden, wir aber natürlich auch eine Substanz haben, die saniert und ausgebaut werden muss und wo Renovierungsmittel notwendig sind. Wir kriegen die nicht, die gehen bisher bzw. gingen in der Vergangenheit nur an die Eigenbetriebe. Es wäre eine dringende Bitte, da nachzusteuern und dafür zu sorgen, dass diese Mittel allen Trägern zur Verfügung gestellt werden.

Wir sehen auch nach wie vor eine Benachteiligung durch die Hauptstadtzulage. Wir sehen im aktuellen Kitaentwicklungsplan in der Fortschreibung auch, dass die Platzausschöpfung der freien Träger absinkt. Das sind die Zahlen von 2020. Ich befürchte, dass das die ersten Auswirkungen der Hauptstadtzulage sind und dass wir das für das Jahr 2021 noch viel deutlicher

sehen werden. Es ist einfach sehr unglücklich, wenn der größere Anteil der Kitaträger und der Kitas seine Plätze nicht ausschöpfen kann. Das macht vom Volumen am Ende viel mehr aus. Wir sollten gleiche Rahmenbedingungen für alle Träger bekommen.

Sicherstellen, dass Bezirke handlungsfähig bleiben! Seite 5



- Laut KEP (2020) fehlen **26.000 Plätze bis zum Ende der Wahlperiode**
- Aktueller Haushaltsentwurf: **72 Millionen EUR für den Kita-Ausbau**
 - 2022: 25 Millionen Euro
 - 2023: 32 Millionen Euro
 - Zusätzlich 15 Millionen Euro
- Im Jahr 2020 wurde die Fördersumme pro Kita-Platz zuletzt auf 30.000 EUR erhöht
- Kosten für MOKIB-Platz von **35.000 EUR auf 50.200 EUR gestiegen** (siehe Drucksache 18/24 592)
- Laut Statistischem Bundesamt **stiegen die Baupreise** von Feb. 2021 bis Feb. 2022 um **14,4%**
- Zwischen **Nov. 2021 und Feb. 2022 stieg der Baupreisindex** um weitere **4%**
- Für Bau eines FRÖBEL-Kindergartens in Treptow-Köpenick mit 105 Plätzen stiegen die Bau- und Planungskosten **von 3,8 Mio. EUR in 2018 von auf 5,2 Mio. EUR in 2022**

www.froebel-gruppe.de

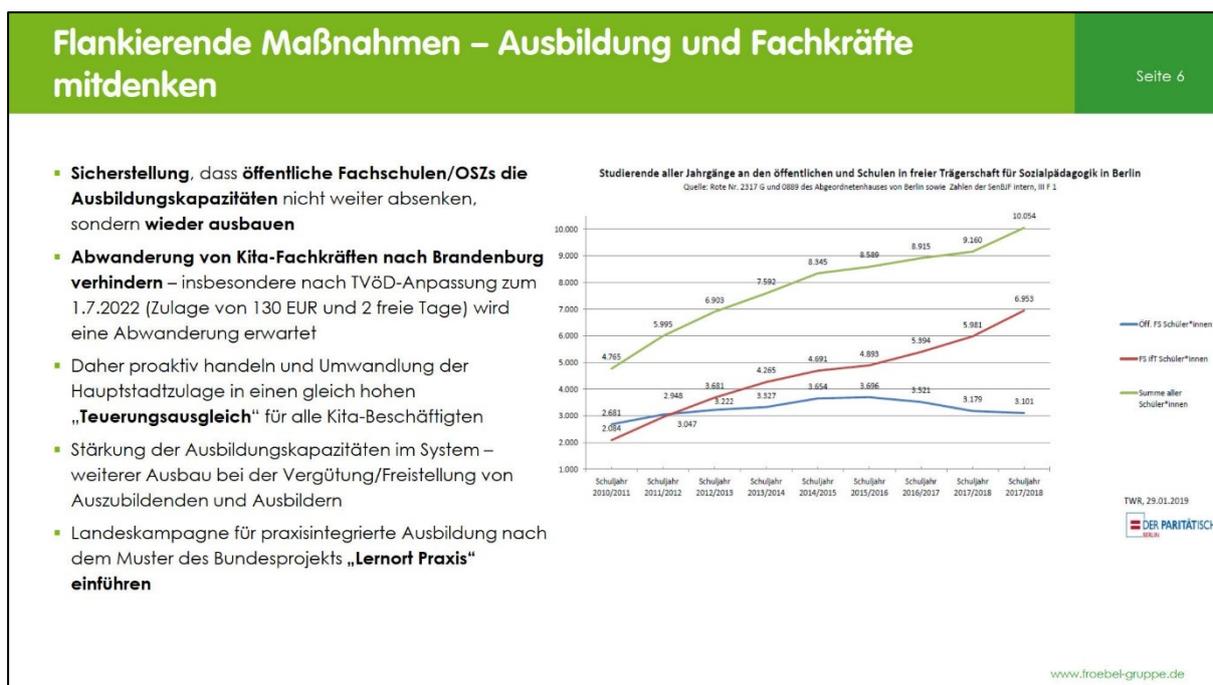
Wir haben uns noch mal angeguckt, was in der letzten Wahlperiode, also im letzten Kitaentwicklungsplan, an Platzbedarf ermittelt wurde. Das waren damals 26 000 Euro. Wir haben – das ist der letzte Stand, der öffentlich für uns verfügbar war – herausbekommen, dass für 2022 25 Millionen Euro, für 2023 32 Millionen und noch mal zusätzlich 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Das sind insgesamt 72 Millionen Euro gewesen.

Empfehlungen Seite 7

- **Fachkräfte- und Kitabau-Offensive zusammendenken** und umsetzen
- Sicherstellen, dass Bezirke handlungsfähig bleiben!
 - Bei dem aktuellen Doppelhaushalt von 25 Mio. + 32 Mio. + 15 Mio. = auf jeden Bezirk kommen genau 3 Mio. EUR Fördermittel
 - Damit können umgerechnet gerade einmal **100 Plätze pro Bezirk und Jahr gefördert werden**
- Fokus auf Erhöhung der Teilhabequote von Kindern mit familiärer Migrationsgeschichte
- Steuerungswirkung für die viel zu geringen Ausbaumittel sicherstellen: Höhere Förderquoten in Bezirken bzw. Regionen mit Unterversorgung (bspw. nach Teilhabequoten)
- **Kostendeckende Förderung** von Kitaplätzen auf **50.000 Euro** erhöhen
- Effizienteste Förderung wählen (öffentlicher Bau vs. freie Träger) bei vereinfachten Plan- und Genehmigungsverfahren

www.froebel-gruppe.de

Das bedeutet: 72 Millionen Euro verteilt auf 12 Bezirke sind 6 Millionen Euro für zwei Jahre bzw. 3 Millionen Euro pro Bezirk, die gefördert werden können. Eine Kita mit 100 Plätzen liegt mittlerweile bei Baukosten von zwischen 5,6 und 6 Millionen Euro. Das liegt beim freien Träger. Wir haben eine Förderung bei 100 Plätzen von 3 Millionen Euro. Das heißt, wir können pro Bezirk momentan realistisch mit den Mitteln, die vorhanden sind, gerade mal 100 Plätze pro Bezirk fördern. Ich glaube, jeder Bezirksvertreter, der das sehen wird, wird sagen, wir kommen mit 200 zusätzlichen Plätzen überhaupt nicht aus. Da muss noch mal nachgebessert und nachgesteuert werden. Das wäre ein Punkt, der uns wichtig wäre und mit dem man umgehen muss.



Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen und noch mal ausdrücklich die flankierenden Maßnahmen im Bereich Personal mitdenken. Wir haben hier eine zweite Statistik – noch einmal herzlichen Dank an den Paritätischen! – zu den Schulplätzen, die statistisch dargestellt werden. Der Ausbau der Schulplätze ist ebenfalls fast ausschließlich durch die freien Träger getragen. Was uns wirklich stört, ist, dass die öffentlichen Träger ihre Schulplätze um fast 1 000 Plätze abgebaut haben. Das sollten die OSZs und die öffentlichen Schulen bitte unbedingt korrigieren und wieder auf den alten Stand gehen. Wir machen uns ganz große Sorgen, dass mit dem Tarifabschluss, mit dem TVöD-Abschluss – 130 Euro extra, zwei freie Tage extra, ab 1. Juli – in den Randbezirken die Erzieherinnen und Erzieher nach Brandenburg abwandern. Das wird keine zwei Monate dauern. Wir bekommen schon erste Fragen, ob wir das auch zahlen. Wir zahlen die Hauptstadtzulage nicht. Es wird jetzt ein großer Wanderungseffekt eintreten, wenn wir nicht gegensteuern. Unser ganz großer Wunsch wäre: Machen wir bitte bei den Kitas aus der Hauptstadtzulage einen Teuerungsausgleich, beteiligen alle und sorgen dafür, dass wir zum einen Waffengleichheit haben und dass uns zum anderen die Leute nicht abwandern.

Das Dritte wäre, dass wir die Ausbildungskapazitäten nicht nur in den Fachschulen ausbauen, sondern – Berlin hat schon viel gemacht, und das ist ziemlich gut – dass wir auch bei der Freistellung von Ausbildungsbegleitungen wie auch bei den Auszubildenden etwas machen. Zu guter Letzt sollten wir eine Qualifizierungskampagne nach dem Muster des Bundesprogramms „Lernort Praxis“ durchführen, um die Kitas für die Qualifizierung von Auszubildenden in einer praxisintegrierten Ausbildung zu qualifizieren. – Das wären Empfehlungen und Wünsche von unserer Seite. Eigentlich brauchen wir neben den großen Ausbaukampagnen für die Schule auch eine Ausbaukampagne für die Kita. Die beiden Systeme müssen gleich gedacht werden. Damit komme ich zum Ende. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Spieker! – Das waren jetzt die langen fünf Minuten. Die würde ich auch Frau Thielen sowie allen anderen in der Beantwortung gerne geben. – Frau Thielen, bitte!

Dorothee Thielen (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Landesverband Berlin e. V. – Der Paritätische Berlin –; Fachreferentin Kindertagesbetreuung): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin Busse! Sehr geehrte Herren Staatssekretäre! Vielen Dank für die Einladung! – Ja, die Geschichte des Berliner Platzausbaus ist eine erfolgreiche. Aber um sie zu einem guten Ende zu bringen – da sind wir noch nicht –, braucht es noch einiger Kraftanstrengungen. Vor dem Hintergrund der seit Jahren zu kurzen Ressourcendecke – Flächen, Personal und Geld – stellt sich die Frage, woher die Kitaentwicklungsplanung seit Jahren ihren Optimismus nimmt, dass wir im jeweils nächsten Kitajahr das Ziel eines bedarfsgerechten Angebots erreichen werden. In der aktuellen Situation wollen wir mit weniger Mitteln qualitativ gleich gute Plätze bauen, alle Räume und Funktionen inkludiert: 10 Quadratmeter pro Kind, davon 4,5 Quadratmeter pädagogisch nutzbar, anregungsreich, entwicklungsfördernd, barrierefrei, sicher, vielfältig, und ein Außen Gelände braucht es auch. Die Träger sollen nachhaltig, mit schadstoffarmen Materialien, modern und energieeffizient bauen. Heute kostet das einen Kitaträger bis zu 48 000 Euro pro Platz. Morgen sind es vielleicht 55 000 Euro. Kostensteigerungen kommen gewiss; nur, in welcher Höhe, können wir heute noch nicht beziffern. 10 Prozent der beantragten Förder summe verbleiben im Vorwegabzug beim Träger. 30 000 Euro gewähren Sie über die Förder richtlinie pro neu hergestelltem Platz. 25 Jahre beträgt die Zweckbindung dieser Mittel. 25 Jahre lang muss also ein Kitaträger diese Einrichtung betreiben. Man braucht keinen Taschenrechner, um zu ermitteln, dass da ein großes Delta bleibt. Die Frage stellt sich: Woher kommt denn dieses Geld bei einem sozialen und gemeinnützigen Träger?

Die Kitafinanzierung ist für den laufenden Betrieb auskömmlich, für die Teilfinanzierung solcher Investitionen, ein Ansparen in angemessener Zeit oder einen Kreditrahmen reicht es nicht. Was tut also ein Kitaträger, der bisher guten Willens und guten Mutes war, das Land Berlin bei der Gewährleistung seines Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz zu unterstützen? – Konsequenterweise stellt er unter diesen Vorzeichen einer gleichbleibenden Förderpauschale bei erwartbaren Kostensteigerungen und im Wissen um die Unwägbarkeiten eines bis zu drei Jahre dauernden Prozesses keinen Antrag. Hat er einen Antrag gestellt, dann zieht er ihn zurück. Der Paritätische Wohlfahrtsverband wird seine Mitgliedsorganisationen genauso beraten, alles andere ist schier unverantwortlich, wollen wir die Bestandsplätze nicht gefährden.

Was können Sie also tun? – Sie können sich ehrlich machen. Wir schaffen das Ziel nicht in der Zeit. Heben Sie die Förderpauschalen um 20 bis 30 Prozent an! Wir müssen die Träger

absichern. Wir gefährden soziale, gemeinnützige Träger in ihrer Substanz. Lassen Sie eine Nachsteuerung zu! Auch das schließt im Moment die Förderpauschale aus. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert sofort eine spürbare Absenkung des Trägereigenanteils, um die Betriebe der Kitaträger auf Dauer abzusichern. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Thielen! – Wir würden nun zur Beratung der Punkte 2 a und 2 b kommen. Wir haben Frau Burkert-Eulitz, Herrn Tabor, Herrn Fresdorf, Herrn Simon, Frau Seidel auf der Liste, und ich würde mich als jugendpolitische Sprecherin auch gern äußern. – Wunderbar! Wir fangen mit Frau Burkert-Eulitz an. – Bitte!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Erst mal vielen Dank an alle Anzuhörenden! Auch von unserer Seite vielen Dank für Ihre schon seit vielen Jahren geleistete Arbeit – der Träger –, das Land Berlin dabei zu unterstützen, Plätze auszubauen, aber auch das Personal mit auszubauen, insbesondere bei den freien Trägern. Ich hätte insbesondere an die Verwaltung mehrere Fragen, was die Platzentwicklung und auch die Bedarfsentwicklung der Fachkräfte angeht. In dem Kitaatlas ist enthalten, dass bestimmte Bezirke schon eine volle Auslastung haben und dort eigentlich kein Kitaplatzbedarf ist. Wir haben das Wunsch- und Wahlrecht. Das heißt, dass auch in den Innenstadtbezirken – zum Beispiel in dem, aus dem ich komme, wo es heißt, es sind dort genug gute Kitaplätze vorhanden – tatsächlich Eltern keinen Kitaplatz finden, weil der Run aus der ganzen Stadt natürlich insbesondere in die Innenstadt ist, dort Kitaplätze in Anspruch zu nehmen. Jeder Träger kann mit den Eltern einen Betreuungsvertrag machen, deswegen ist es ein kleiner Trugschluss, dass die Situation in bestimmten Bereichen total entspannt ist – rein von der Zahl her, ja, aber im Erleben der Eltern weniger, weil natürlich für die kleineren Kinder ab einem Jahr oder zwei Jahren weniger Plätze vorhanden sind. Bei den Plätzen für ältere Kinder kann man manchmal Zettel an Kitas sehen, auf denen steht: Wir nehmen gerne auch Dreijährige. – Wer zuzieht, hat vielleicht dort eine Chance, aber insbesondere bei den Kleinen – – Natürlich ist es auch ein großes Problem, dass in den sozial belasteten Quartieren die Plätze nicht ausreichen und dort ein besonderes Engagement des Landes sein muss. Das haben wir als Koalition uns vorgenommen. Das steht auch so im Koalitionsvertrag, dass wir uns um diese Gebiete besonders kümmern wollen.

Ich hätte noch eine Frage zu den Bedarfen an Fachkräften. Ich kann mich erinnern, dass wir in den vergangenen Jahren Tabellen hatten – die mittelfristige, Worst-Case- oder entspanntere Situation – und man uns vermittelt hat, dass man mit dem Fachkräftebedarf ganz gut auf dem Weg ist und wir uns einer Entspannung nähern. Ist dem so, oder ist dem nicht so? Wir haben noch andere Bereiche, wo wir Erzieherinnen und Erzieher brauchen, Richtung Schule, Ganztags usw. Deswegen würde mich ein aktueller Stand interessieren und wie Sie die Möglichkeiten schaffen, ein Stück weit zu steuern, dass wir schnell in den Gebieten, wo wir es vor allem brauchen, wo die Inanspruchnahme der Kitaplätze sogar rückläufig ist – – Mich würden die aktuellen Zahlen interessieren, wo die schwierigsten Gebiete sind, um die wir uns als Erstes kümmern müssen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Tabor, bitte!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank! – Auch von uns erst mal ein herzliches Dankschön an die Anzuhörenden! Ausbauanträge von freien Trägern in einem Volumen von mindestens 110 Millionen Euro sind abgelehnt worden oder befinden sich derzeit in der Warteschleife. Meine erste Frage geht an Frau Freistühler: Sie haben gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, und das finde ich tatsächlich sehr erschreckend, dass vom Antrag bis zur Fertigstellung schnell fünf bis sechs Jahre vergehen. Sie haben weiter ausgeführt, dass ca. 30 000 Euro nötig sind, um einen Kitaplatz zu schaffen. Frau Thielen hat gesagt, 48 000 Euro bräuchte man aktuell. Sehen Sie das auch so? Haben Sie für sich einen anderen Wert ermittelt? Welcher Wert ist aus Ihrer Sicht realistisch? Dann haben Sie noch den Substanzerhalt angesprochen, der momentan enorm viele finanzielle Ressourcen auffrisst. Wie hoch würden Sie den Bedarf einschätzen, den Sie für Ihren Trägerbereich in Ihren Planungen pro Jahr benötigen? Muss man den dann auch erst wieder langwierig beantragen? Geht das ein bisschen schneller als der Neubau? Wie sind aktuell Ihre Erfahrungen?

Meine weiteren Fragen gehen an Herrn Spieker. Sie haben lange Jahre für eine Kita in Marzahn-Hellersdorf gekämpft, die in der Nähe der Alice-Salomon-Hochschule entstehen sollte. Sie haben die Weichen gestellt, ein Grundstück gefunden. Sie würden 2,5 Millionen Euro investieren, sind aber auf der Warteliste gelandet. Ihre Kollegin Stefanie Rausch äußerte sich dazu:

Wir fragen uns, wie der Kita-Ausbau in Berlin überhaupt gelingen soll, wenn selbst solche Projekte, die alle Förderkriterien erfüllen, von Jahr zu Jahr verschoben werden, obwohl die Familien hier dringend die Betreuung benötigen.

Was bedeutet das für Sie für geplante Projekte, wenn man nur auf der Warteliste landet und nicht weiß, wie es weitergehen soll? Was hat das für Sie für Konsequenzen mit den Baufirmen, mit dem Verkäufer eines Grundstücks? Springen Leute zwischendurch ab? Sagen die Baufirmen: „Wir suchen uns erst mal andere Aufträge. Das ist uns auf der Schiene zu unseriös, denn wir wissen nicht, wann wir hier unser Personal einplanen sollen.“? – Das ist eine wirklich bedenkliche Sache, wenn man Förderkriterien erfüllt, aber der Senat oder die Behörde nicht in der Lage ist, das Geld freizugeben.

Laut Kita-Förderatlas 2020 verlagert sich der Mangel aus der Innenstadt mittlerweile in die Außenbezirke hin zu den Neubaugebieten. Ich komme aus Spandau. Es gibt über 40 Gebiete in der Stadt, in denen es keinerlei Platzreserven gibt und gleichzeitig der Bedarf weiter steigt.

In Spandau gibt es neun Kitaplanungsregionen, und in allen Regionen in Spandau ist ein Ausbau nötig. Die Frage an den Senat: Wie sieht denn die Planung für Spandau ganz konkret aus? Welche und wie viele Projekte in Spandau sind aktuell auf der Warteliste zu finden?

Zum Thema Neugründung habe ich eine Frage an Frau Sperle. Wie sieht es mit der Zahl der Neugründungen von Kitas angesichts der seit Mai 2021 bestehenden Mittelsperre aus? Sind Einrichtungen in einer Größe von unter 140 Plätzen langfristig überhaupt wirtschaftlich tragfähig? Ich beziehe mich auf den Geschäftsführer Hartmut Horst von der Hanna gGmbH, eines freien Trägers mit sechs Kitas und 900 Kindern. Der hat gesagt, dass eine Kita, die weniger als 140 Plätze anbietet, momentan wirtschaftlich nicht tragfähig ist. – Ist da wirklich was dran?

Noch eine Frage an den Senat; ich hoffe ich bin noch in der Zeit: Ich habe noch einige Fragen zur Benachteiligung der freien Träger. Die Knappheit der Mittel ist ein Dauerargument des Senats. Bei der Haushaltsplanung kann man, da sind wir gerade mittendrin, Prioritäten setzen. Haben Sie den Eindruck, dass der Senat gezielt die freien Träger im Regen stehen lässt? Das könnte ich nicht nur den Senat, sondern auch die freien Träger fragen. Vielleicht richte ich die Frage mal an Frau Thielen, die das sehr schön ausgeführt hat: Meinen Sie, es könnte dafür politische Gründe geben, dass die freien Träger oftmals im Regen stehen gelassen werden? – Das soll es im ersten Stepp erst mal gewesen sein. Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Wir hatten uns eigentlich eine Redezeit von drei Minuten vorgenommen. Ich habe das jetzt laufenlassen. Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Spieker nicht mehr Teil dieser Runde ist. Er hat sich entschuldigt, dass er diese Anhörung verlassen musste. Deshalb überlegen wir vielleicht, an wen wir jetzt noch die Fragen stellen, beziehungsweise Ihre Fragen sind sicherlich noch mit aufgenommen und können im Weiteren adressiert und besprochen werden. – Ich übergebe das Wort an Herrn Fresdorf.

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das Wunsch- und Wahlrecht wurde schon angesprochen. Ich glaube, was den Kitaplatz in Berlin angeht, kann man sich momentan viel wünschen, aber froh sein, wenn man überhaupt noch einen Platz findet. Von „Wahlrecht“ können wir, glaube ich, gar nicht mehr sprechen und von „wünschen“ eher im Märchensinne als im Sinne dessen, was sich Eltern tatsächlich für die Betreuung ihrer Kinder wünschen. Es ist ein verheerendes Bild, das diese Anhörung in den letzten Minuten gezeichnet hat, was mich, ehrlich gesagt, noch mehr erschüttert. Wenn man dann hört, wie sich der Senat für den Weg feiert, auf den er sich gemacht hat, dann ist das sehr grundlos und deutlich widerlegt worden.

Wir haben große Probleme im Bereich des Kitaneubaus, das haben wir gehört. Frau Thielen hat sehr eindrücklich dargestellt, dass mit den vorhandenen Mitteln, die dieses Land für den Kitaneubau einsetzt, eine Kitaneubauoffensive sicherlich nicht möglich ist.

Die Förderrichtlinie wurde angesprochen. Mich würde von den einzelnen Trägern, die sich gut mit den Entstehungskosten eines einzelnen Kitaplatzes auskennen, interessieren: Wie schätzen Sie das bei den steigenden Baukosten ein? Sind wir wirklich bei den 42 000 Euro, oder gehen wir eher Richtung 60 000 Euro, 70 000 Euro, die wir brauchen? Wie schätzen Sie das Thema ein, wenn Sie in Mietobjekte ziehen? Auch das müssen wir uns noch mal genau

angucken. Wenn wir uns das Kitakostenblatt ansehen: Da sind die Mietkosten irgendwo anteilig drin, aber wir werden auch damit rechnen müssen, dass diese Mietkosten bei den Baukosten rapide ansteigen werden. Gehe ich in ein Neubauprojekt rein, werde ich mit dem bestehenden Kitakostenblatt sicher kaum noch die Möglichkeit haben, eine Kita in einem Neubauprojekt zu betreiben, oder irre ich mit dieser Annahme? Ich wäre sehr gespannt, wie Ihre Einschätzung dazu ist, gerade Frau Sperle vom DaKS. Das sind oft Elterninitiativkitas, die sich in Siedlungs- und Neubaugebieten gründen. Mich würde Ihre Meinung interessieren, ob das Kitakostenblatt überhaupt noch eine Möglichkeit darstellt, dort eine Kita zu beantragen.

Es ist erschreckend, wenn man hört, wie lange es vom Antrag bis zum Bau dauert. Welche Maßnahmen plant der Senat, und hier frage ich ausdrücklich die Verwaltung, dies zu beschleunigen?

Im Hinblick auf das Thema, das Frau Sperle ansprach: Antragsschluss Mitte des Jahres, und dann kann kommen, was will. Wir werden dann keine neuen Anträge mehr für das nächste Jahr fördern. – Das ist eine Botschaft, die man als Senat nicht in diese Stadt tragen darf, sondern wir müssen als Land Berlin viel flexibler sein. Was planen Sie, um diesen Missstand zu beseitigen, denn es ist ein Missstand und nichts anderes?

Herr Hoyer hat für den Landesjugendhilfeausschuss sehr treffend ein Thema angesprochen, das ich noch einmal verstärken möchte. Das ist das Thema Vorhaltekosten und Auswahl bei den Kitaplätzen. Die Eltern haben ein Erziehungsrecht und können sich nach ihren Vorstellungen eigentlich einen Kitaplatz in dieser Stadt aussuchen. Momentan gilt in Berlin „friss oder stirb“, was den Kitaplatz angeht. Das darf so nicht bleiben. Was planen Sie hier? In welcher Höhe sollen Vorhaltekosten an die Kindertagesstätten oder an die Träger gegeben werden? Es wäre sehr wichtig, dass Sie sich als Senat dazu noch mal äußern.

Darüber hinaus möchte ich gern mit Ihnen das Thema Fachkräfte ansprechen. Es haben mehrere Anzuhörende schon ausgeführt, dass wir nicht nur einen Platzmangel an sich haben, sondern auch einen Fachkräftemangel. Wir können bauen, so viel wir möchten – wenn wir dann die Kita nicht mit Leben füllen, mit guten Teams, die qualitativ hochwertige Arbeit leisten, dann helfen uns auch die schönen Gebäude nicht. Wie sehen Sie das im Vergleich mit anderen Bundesländern? Da schaue ich mal in Richtung der Verbände, die auch in anderen Bundesländern Mitglieder haben. Wie ist die Situation hier in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern? Wir sind hier im Kampf um die Talente ähnlich wie in der Schule. Wie würden Sie das einschätzen?

Jetzt muss ich noch einmal kurz in meine Notizen schauen, ob ich nicht irgendetwas vergessen habe. – Die Fördersätze hatte ich angesprochen, Vorhaltekosten, Fachkräfte, und das Thema Baukostenentwicklung. Auch hier hätte ich gern vom Senat eine Einschätzung. Sie werden das Thema hoffentlich auf dem Schirm haben. Wie schätzen Sie es denn als verantwortliche Senatsverwaltung ein, wie viel Kosten tatsächlich für den Neubau einer Kita anfallen? Werden Sie in der Förderrichtlinie, die dringend angepasst werden muss, die Möglichkeit eines Nachsteuerens einrichten, sodass steigende Baukosten hier nachgebessert werden können, dass wir diese Herkulesaufgabe bewältigen können, eine ausreichende Anzahl an Kitaplätzen in Berlin zu schaffen, sodass die Eltern wirklich ein Wunsch- und Wahlrecht haben, das nicht aus dem Märchen stammt, sondern Realität ist, das sie ausüben können? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Simon, bitte!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst darf ich mich im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei allen Anzuhörenden bedanken. Man merkt nicht nur, dass Sie vom Fach sind, sondern dass Sie sich auch extra hierauf vorbereitet haben. Das ist ganz toll, und Sie hier helfen uns damit sehr viel weiter. Wir haben heute aus Sicht der Parlamentarier das Idealbild einer Anhörung.

Ich komme auf ein paar Dinge zurück, die punktuell erwähnt worden sind, aber die Fragen gehen bitte an alle Anzuhörenden. Frau Freistühler hatte erwähnt, dass diverse Plätze wegen des Sanierungsstaus in Gefahr sind, dass der Zustand der Objekte aus ihrer Sicht irgendwann so ist, dass sie vom Netz, aus dem System genommen werden müssen, ohne saniert werden zu können, da es zu wenig Sanierungsmittel gibt. – Ich frage alle Anzuhörenden: Wie ist der Eindruck bei denjenigen, die bei Ihnen Mitglied oder Träger sind, mit denen Sie Kontakt haben? Wie viele Plätze könnte das in diesem und im nächsten Jahr betreffen? Ist es realistisch: Im Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses, der uns von Herrn Hoyer zur Verfügung gestellt worden ist – der ist uns vorher zugeschickt worden, die werden uns jugendpolitischen Sprechern regelmäßig zugeschickt –, wird von einem jährlichen Sanierungsprogramm von mindestens 30 Millionen Euro gesprochen. Ist das aus Ihrer Sicht für Ihre Trägerunternehmen greifbar, oder sagen Sie: „Das wäre zwar toll, aber mit 25 Millionen Euro würden wir auch hinkommen.“? Oder: „Nein, um Gottes willen! Wir brauchen inzwischen 35 Millionen Euro.“? – Wie viele Plätze sind betroffen? – Das ist das Thema Sanierung, das an alle geht.

Dann ist sinnvollerweise und richtigerweise neben dem Bauthema auch das Personal angesprochen worden, der Mangel an Fachkräften in den Einrichtungen. Auch die CDU-Fraktion erachtet die Zahlung der Hauptstadtzulage nur an die Erzieherinnen und Erzieher der Kitaeigenbetriebe als nicht sachgerecht. Haben Sie bei Ihren Mitgliedsunternehmen in den letzten Monaten und Jahren den Eindruck gewinnen können, dass es dort erhebliche Verwerfungen gibt und sich sehr viele zu den Eigenbetrieben wegbevorzugt haben? – Frau Freistühler! Haben sich denn sehr viele bei Ihren Eigenbetrieben beworben, die gewechselt haben?

Frau Sperle hatte richtigerweise darauf hingewiesen, dass über 1 000 Einrichtungen mit bis zu 30 Plätzen existieren und es deshalb ganz schlimm ist, dass keine unterjährigen Anträge möglich sind. – Können Sie uns ein Gefühl dafür geben, wie viele Elterninitiativkitas sich normalerweise in einem Jahr bilden würden? Wie viele Interessenten melden sich bei Ihnen im Schnitt der letzten Jahre? Sind es 5, 50 oder 100 Interessenten, die sich melden, bei denen Sie am Ende sagen, dass die so ein substanzielles Interesse haben, dass es zu einer Kitagründung kommen könnte, wenn es denn Fördermittel geben würde?

Der eine Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom November sagt in Punkt vier, dass es im Landesprogramm für den Kitaplatzausbau ein gesondertes Budget für kleine und Kleinsteinrichtungen geben sollte, um für diese auch unterjährig Mittel zu sichern. – Frau Sperle! In welcher Größenordnung würden Sie das taxieren wollen?

Ich frage den Senat: Wie hoch ist tatsächlich die Antragslage? Herr Tabor hat eine Zahl in den Raum gestellt. Ist das tatsächlich der Millionenbetrag von Anträgen, die abgelehnt worden sind und die bei Ihnen vorgelegt worden sind? Sind die alle förderfähig, oder sind die zum

Teil nicht förderfähig, weil sie nicht in die passende Kategorie fallen oder weil andere Voraussetzungen nicht gegeben sind? Mit welcher Lücke wird im Senat gerechnet? Herr Spieker hat auf die steigenden Verdienstmöglichkeiten der Erzieherinnen und Erzieher, die im Bereich des TVöD tätig sind, ab dem 1. Juli hingewiesen. – Mit welcher zeitlichen Lücke rechnen Sie, bis es den nächsten TV-L-Abschluss gibt? Wie könnte es aus Ihrer Sicht für Berlin glimpflich ausgehen?

Herr Spieker hat auch gefordert, dass die Hauptstadtzulage in einen Inflationsausgleich umgewandelt wird, das heißt, allen Erzieherinnen und Erziehern im Land Berlin zugutekommt. Ich frage alle Mitglieder der Koalitionsfraktionen, wie Sie dazu stehen und ob Sie sich damit anfreunden könnten.

Ich frage den Senat: Ist das, was Frau Sperle mit den 2,40 m und der notwendigen Tieferlegung des gesamten Gebäudes oder Ausbaggerung um 7 cm geschildert hat, etwas, was bei Ihnen häufiger in der Antragslage vorkommt, denn Leute lassen sich bei der Antragstellung beraten, oder sind das eher exotische Fälle, und wenn es häufiger vorkommt, was sind die, die am meisten vorkommen? Sind das gesetzliche Vorschriften des Landesrechts, die anzupacken wären? Dann wäre es unsere Hausaufgabe, und die wollen wir gern mitnehmen, wenn das so ist. Wir wollen nicht alles nur beim Senat abladen. Dafür sind wir dankbar. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! – Frau Seidel, bitte!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank! – Es ist schon sehr viel gefragt und vorgetragen worden. Ich will mich gleich zu Anfang auch bei den Anzuhörenden für das volle Hausaufgabenheft, das wir jetzt bekommen haben, und für die offenen Worte bedanken. Wie immer gibt es im Kitabereich eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Das habe ich gespürt, weil viele engagierte Menschen in der Stadt sich seit vielen Jahren um den Kitabereich kümmern und darum kämpfen.

Herr Simon! Weil Sie gerade gefragt haben: Ich bin auch nicht glücklich mit der Hauptstadtzulage. An dieser Stelle ist das erste Mal eine Ungleichbehandlung zwischen den Kitas in freier Trägerschaft und den Eigenbetrieben passiert. Es gibt viel Unzufriedenheit damit, und ich teile das. Es gibt im Moment aber noch keine Lösung für das Problem.

Es gibt aber noch eine andere Stelle mit einer Ungleichbehandlung, und das ist das, was Frau Freistühler angesprochen hat, dass nämlich für die Eigenbetriebe keine Möglichkeit besteht, Kredite aufzunehmen. Auch das haben wir als Koalition auf dem Zettel. Das hat in dem beschränkten Kitateil im Koalitionsvertrag nicht den ausreichenden Platz bekommen, den wir uns gewünscht hätten. Nichtsdestotrotz ist das eine Aufgabe, die auf dem Zettel ist, hier mal genauer hinzugucken, wie man das lösen kann. Da sind wir tatsächlich dran.

Ich bin heute ein bisschen davon überrascht gewesen, dass das Fachkräftethema tatsächlich noch so groß ist, weil wir lange in diesem Bereich nicht viel gehört haben, dass es größere Probleme gibt. Ich würde gern zurückfragen wollen, welchen Bedarf der Senat im Hinblick auf die Ausbildungskapazitäten an den öffentlichen Schulen sieht und wie der Senat dazu steht, dass eine Landesausbildungsförderung passieren könnte. Vor anderthalb Legislaturperioden wurde das Schulgeld in dem ganzen Bereich abgeschafft. Das war schon ein Schritt in die richtige Richtung, aber wie stehen Sie zu dieser Forderung? Wenn ich die ganzen Ansprü-

che höre, was eine bessere und höhere Finanzierung betrifft, in Bezug auf die jetzt passieren- de Baukostenexplosion neben der, die wir unter Corona sowieso schon hatten: Ich kann mir nicht vorstellen, dass das allein durch das Land Berlin zu stemmen sein wird, was an Kosten auf uns zukommt, Mietkostenunterstützung usw. usf. Deshalb meine Frage in Richtung Senat: Wenn Sie über die Fortsetzung des Gute-KiTa-Gesetzes, der Sprach-Kitas und dergleichen mehr gesprochen haben, ist zwischen Ihnen und der Bundesebene auch schon das Thema gewesen, was diese Kostenexplosion betrifft? Es muss der Bundesebene klar sein, dass das die Länder und Kommunen nicht allein stemmen können. Vielleicht weiß Herr Fresdorf schon, was zum Beispiel Herr Lindner meint, was die Unterstützung bei dieser Kostenexplosion für uns bedeutet und was da eventuell geplant ist.

Ansonsten sehe ich sehr viele Probleme. Ich muss nicht alles wiederholen, was die Kolleginnen schon gesagt haben. Vielleicht noch mal in Richtung von Herrn Simon und Herrn Békési: Wir haben mit diesem Haushalt auf Senatsebene nicht nur irgendwelche aufgeblasenen neuen Stellen geschaffen, sondern tatsächlich auch die Kitaaufsicht verstärkt, damit genau diese bürokratischen Prozesse besser gelenkt, gesteuert und senatsseitig besser unterstützt werden können. Ansonsten kann ich dazu nur sagen, dass dieser ganze Komplex Bürokratieabbau, Verschlinkung von Prozessen auf jeden Fall ein dickes Brett ist, das unbedingt angegangen werden muss. Darauf können wir heute keine Antwort liefern, aber das wird sicherlich etwas sein, was unsererseits in eine parlamentarische Initiative fließt. Angefangen hatten wir das schon am Ende der letzten Legislaturperiode, nämlich mit einem Antrag, der sich mit dieser Förderhöchstgrenze beschäftigt hat. Das muss unbedingt flexibilisiert werden, weil wir ansonsten den Kitaplatzausbau nicht gestemmt kriegen.

Ich schließe an dieser Stelle, weil wirklich schon viel gefragt wurde, mit einer konkreten Frage an Herrn Békési, weil er der Einzige war, der das erwähnt hat, nämlich den ndH-Anteil. Den wollen wir sowieso ändern. Zukünftig soll das nicht mehr das Kriterium sein, mit dem Personalstellen bemessen werden, sondern es soll individualisiert werden. Haben Sie vielleicht schon einen konkreten Vorschlag, wie man das angehen könnte? – Danke erst mal!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Als jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion habe ich auch noch ein paar Fragen. Idealtypisch robben wir uns zeitlich noch nicht an eine Idealanhörung heran, aber wir versuchen es zumindest, sodass ich 16.15 Uhr eine Lüftungspause machen muss.

Ellen Haubdörfer (SPD): Meine Fragen richten sich im Wesentlichen an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, weil wirklich viele Fragen schon gestellt worden sind. Mich würde bei der Baukostenentwicklung, die Sie sicherlich auch bei Ihren Bauprojekten feststellen, interessieren, inwieweit Träger der sozialen Infrastruktur Player auf dem Markt sind. Ich warte bis heute auf den Handwerker, der mir den Dachschaden auf der Garage aus dem Februar repariert. Das trifft auf die kleineren und mittleren Bauprojekte erst recht zu, auch wenn sie nicht unbedingt im Wohnungsbau sind.

Das bringt mich zu der Frage nach den Ermessensspielräumen, die hier schon festgestellt worden sind. Dass ein Raum 2,40 m hoch zu sein hat, hat etwas mit der Bauordnung des Landes zu tun. Das ist auch bei anderen Sachen so, ob beim Lärmschutz etc. Bei 2,37 m bekommen Sie beim Lärmschutz teilweise keine Fördermöglichkeiten. Ich wohne direkt am Flughafen. Deshalb weiß ich sehr gut, wie hoch ein Raum zu sein hat. Sind das in dem Regelungs-

werk, das wir haben – die Bauordnung befindet sich gerade in der Diskussion – Ermessensspielräume, die Sie verorten können?

Dann habe ich eine Frage in Bezug auf die Flächenentwicklung und Ansprechpartnerinnen und -partner. Wenn Sie Wohnungsbau in dieser Stadt betreiben wollen, können Sie sich beispielsweise an die Wohnungsbauleitstelle wenden, und dort wird Ihnen geholfen. Wenn Sie aber beispielsweise Flächen für Kitagrundstücke oder vielleicht für einen HzE-Träger suchen, dann werden Sie nicht so einfach fündig werden. Da müssen Sie den Katalog der öffentlichen Nachrichten durchgucken, wo Versteigerungen sind oder Immobilien angeboten werden, aber es findet sich keine übergeordnete Stelle diesbezüglich, die ansprechbar wäre, um im Gegensatz zu anderen frühzeitig den Kontakt zur Kitaaufsicht und die entsprechende Beratung wahrzunehmen. Ich finde es immer schöner, wenn Bauvorhaben frühzeitig so geplant werden, dass pädagogisch sinnvolle Konzepte in der Gestaltung der Gebäude darstellbar sind, als hinterher festzustellen, dass es doof ist, dass die Kita in den obersten Stockwerken ist und die Kinder jeweils hinuntergetragen werden müssen. Das macht nicht so viel Sinn. Das wäre durch eine frühzeitigere und verbindlichere Einbindung der Kitaaufsicht viel einfacher zu handhaben. Deshalb frage ich: Gibt es aus Ihrer Sicht Möglichkeiten, frühzeitiger diese Beratungs- und Anbindungsmöglichkeiten sicherzustellen, gerade wenn wir uns über neue Bauvorhaben unterhalten und dort die Infrastruktur gewährleistet werden muss? Dazu gehört auch die Strategie zur sozialen Infrastrukturplanung, der sogenannte SIIP-Prozess, der bei Ihnen im Haus ist. Mich würde interessieren, inwieweit dort Fortschritte gemacht worden sind, denn gerade im Kitabereich versprechen wir uns sehr viel davon, übrigens auch, um Wunsch- und Wahlfreiheit, aber auch Kitasozialarbeit zu gewährleisten, nämlich dass man Mehrfachnutzungen in diesen neuen Gebäuden ermöglicht. Anders als im Schulbereich haben Sie kein Musterraumprogramm. Sie haben natürlich pädagogische Vorschriften, die auch sinnvoll sind, aber nichtsdestotrotz sind viel stärker flexible Raumeinteilungen und -nutzungen möglich, schneller als an vielen anderen Stellen. Deshalb wäre da die Frage nach den Ansprechpartnerinnen und -partnern, aber auch nach der Strukturplanung, dass man die Rahmenstrategie besser aufsetzen kann.

Dann habe ich eine Frage nach der grundsätzlichen Quartiersentwicklung. Wir haben viele Quartiere, die nicht nur in ihrer Akzeptanz in der Diskussion stehen, aber ich glaube, sie würden deutlich besser akzeptiert werden, wenn es eine Gleichzeitigkeit der Realisierung von sozialer Infrastruktur gäbe, dass, wenn man x, y Wohneinheiten plant, auch ein Konzept für Tagespflege, Kita, Schule, Kiezklub, Bibliothek hat, diese Sachen mit angedacht sind. Da ist natürlich die Frage der Gleichzeitigkeit des Bauens. Gibt es im Bereich der Quartiersentwicklung Möglichkeiten, das etwas zu beschleunigen? Gerade die Überprüfung der Kitaausbauanträge obliegt Ihrem Haus. Es ist immer der große Irrtum, den man hat, dass bei SenBJF ganz viele Bauingenieure und Architektinnen sitzen würden, nur um auf die Kitaausbauanträge zu warten und sie zu berechnen, sondern es wird über den Dienstleister gesammelt und dann in der Fachprüfung an SenSBW gegeben. Da ist die Frage, ob Sie hier mehr Personal oder Vereinfachung an anderer Stelle benötigen, um der Geschwindigkeit bzw. des Ausbausvolumens Herrin zu werden? Das würde mich sehr interessieren.

Ein Punkt, auf den schon Frau Seidel hingewiesen hat: Es geht nicht nur um die Landesebene, sondern auch um die Bundesebene. Wenn ich sehe, wie wenig sich in den anderen Ländern beim reinen Ausbau getan hat oder wenn sie Öffnungszeiten von 9 Uhr bis 15 Uhr haben oder größere Summen zahlen müssen, wie es beispielsweise in Baden-Württemberg durchaus der

Fall ist, dann sage ich, dass es eine große Anstrengung war, und man kann sich auch mal dafür loben, dass sich die Zahl der Kitaplätze in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt hat. Das war nicht ohne Weiteres möglich. Wenn ich sehe, dass der Berlin-Tag immer größer wird, dass zum Beispiel die Schulgeldbefreiungen verbessert worden sind, dass es durchaus Anreize gegeben hat, die Ausbildung passgenauer und realitätsnah zu gestalten, dann sind das Anstrengungen, denen gegenüber ich in den anderen Bundesländern leider keine solche Herausforderungen und Anstrengungen sehe. Darüber bin ich sehr froh. Trotzdem müssen wir nun mal mit den gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen leben.

Ich habe noch eine Frage in Bezug auf die Verpflegungskosten in der Kita. Was sehen Sie da eigentlich? Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass man mit 23 Euro keine himmelweiten Sprünge machen kann. Die Frage nach dem Mittagessen hat nicht explizit mit dem Kitausbau zu tun, aber sie hat sehr viel mit der Akzeptanz von Kita zu tun, auch in den Gruppen, über die wir heute am Anfang ein bisschen gesprochen haben und die wir in den nächsten Sitzungen gern vertiefen würden. Von daher mache ich hier einen Cut.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wir kommen zur Beantwortung, und ich würde zuerst dem Senat die Möglichkeit geben, auf die vielen Fragen erste Antworten zu geben.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das waren wirklich viele Fragen, die sich zum Teil überschneiden. Jetzt gebe ich an meine Fachherren zur Seite ab.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Das waren einige Fragen, und ich versuche, sie chronologisch durchzugehen, springe ab und zu, und ich hoffe, dass wir dann das meiste erledigt haben. Herr Schulze wird dann wahrscheinlich noch mal ins Detail gehen.

Ich würde gern festhalten, was hier gesagt wurde, was die Anzuhörenden mitgegeben haben: Das ist tatsächlich eine Erfolgsgeschichte, das würde ich gern festhalten. Es ist gleichzeitig richtig, wenn Frau Thielen sagt, dass diese Erfolgsgeschichte am Ende zum Erfolg geführt werden muss. Das sehen wir genauso.

Das Zweite ist: Im LJHA-Papier, das zitiert wurde, steht dankenswerterweise, dass wir die Ausbildungszahlen auf hohem Niveau halten wollen. Darin sind einige Punkte erwähnt, die unterstreichen, wie sehr wir auf einem guten Weg sind. Wenn wir uns das noch mal vergegenwärtigen: Wir reden über eine halbe Milliarde Euro, die ausgegeben wurde, über 78 000 Plätze, die geschaffen wurden – wir sind jetzt bei ca. 180 000 Plätzen –, und dann ist das, was gerade erwähnt wurde, fast eine Verdopplung eines ganzen Systems. Man kann sich tatsächlich andere Bundesländer angucken, egal, wie sie regiert sind. Das sind schon andere Dimensionen. Das, was diese Stadt hier bewerkstelligt hat, ist etwas Besonderes.

Weil es die Frage gab, ob wir die freien Träger diskriminieren oder irgendwie benachteiligen würden: Ich glaube, die gute Zusammenarbeit, die wir haben, auch der enge und kritische Austausch, der natürlich dazugehört – Eine kleine Klammer gemacht: Dass uns natürlich ein wenig Druck von außen in den Haushaltsverhandlungen an der einen oder anderen Stelle hilft, ist wahrscheinlich auch klar. Von daher will ich von uns weisen, dass es eine Ungleichbehandlung gibt. Wir sind zusammen auf einem guten Weg, und tatsächlich hätten wir es ohne die freien Träger nicht geschafft, aber genauso sind unsere Eigenbetriebe ein wertvoller Baustein wie auch die DaKS-Kitas, die wir haben.

Zum Thema Fachkräfte noch ein, zwei Zahlen: Wenn wir von 2017 auf 2022 gucken, sind die Studierendenzahlen um ca. 20 Prozent gestiegen. Das heißt, die Zahl der Studierenden ist von ca. 8 900 auf 10 700 gestiegen. Die Zahl der Absolventen ist auch um ca. 20 Prozent gestiegen. Wir sehen tatsächlich eine sehr gute Entwicklung. Unsere Prognosen sagen, dass wir, wenn sich nicht plötzlich gravierende Verschiebungen ergeben, in dieser Legislaturperiode einen Markt haben, der deutlich entspannter ist, als wir ihn in der Vergangenheit hatten, wo wir wahrscheinlich einen Ausgleich herstellen werden, wenn die Prognosen weiter so laufen, wie wir sie hatten.

Es gab eine Frage nach den Warteschleifen. Natürlich ist es bei begrenzten Mitteln so, dass nicht jeder Förderantrag angenommen werden kann. Wir berücksichtigen verschiedene Sachen. Wir gucken uns natürlich an, wie der Förderbedarf ist. Deswegen haben wir diesen Förderatlas. Jeder hat seine Rolle, und um auch da auf die Erfolge zu verweisen: Wenn wir 30 Gebiete haben, die nicht mehr einer extremen Förderung bedürfen, dann ist das ein Erfolg. Was Frau Burkert-Eulitz gerade für die Innenstadtbezirke sagte: Rein rechnerisch ist es tatsächlich so, dass wir Gebiete haben, die den Bedarf decken, aber an der Stelle betrachten wir auch, ob es eine Versorgung von vielen Nachbarbezirken gibt, was natürlich in den Innenstadtbezirken der Fall ist. Förderatlas heißt nicht, dass sich blind die Farbe angeguckt wird. Natürlich betrachten wir weitere Aspekte. Das gilt für das ganze Förderungsthema. Wir gucken uns an, wie der Förderbedarf ist. Die Koalition hat vereinbart, dass wir gerade sozial

Benachteiligte in den Blick nehmen. Wir gucken uns an, was das für Projekte sind. Wenn ein 2,5-Millionen-Projekt nicht gefördert wurde: Es geht nicht um den Betrag, dass wir gucken, dass die höchsten Beträge drangenommen werden, die kleinsten Beträge nicht, wie auch immer. Wir wollen mit dem Geld, das wir haben, das begrenzt ist, ein Maximum an Plätzen an den richtigen Stellen bauen lassen. Von daher hängt das alles miteinander zusammen.

Zu den realistischen Werten: Wir gucken uns an, was wir an Zahlen sehen. Bei Umbau- und Neubaumaßnahmen hatten wir im Jahr 2020 eine durchschnittliche tatsächliche Fördersumme von 16 700 Euro, und wir hatten 2021 eine tatsächliche Fördersumme von durchschnittlich 19 000 Euro. Man kann natürlich Zahlen von 47 000 Euro herbeiziehen und dann hochrechnen, dass es 55 000 Euro werden könnten. Das würde mir auch Angst machen, aber sollte es nicht. Ich weiß nicht, was Sie da herangezogen haben. Ich kann nur das sagen, was bisher war. Wir sehen natürlich Baukostensteigerungen, die wir mit berücksichtigen. Sie haben in den Haushaltsberichten mitbekommen, dass wir eine Steigerung umsatzbereinigt von 9,7 Prozent von August 2020 bis August 2021 im Blick haben. Das heißt, auch da sind wir nicht blind. Wir sind natürlich in Gesprächen, wie sich das auf mögliche Fördergrenzen auswirkt.

Einen Schlenker will ich gern machen, bevor ich das Wort abgebe. Einmal wurde zu Recht erwähnt: Wir arbeiten natürlich mit unseren Senatsverwaltungen Hand in Hand. Deswegen möchte ich herzlich für alle Hinweise danken, die gegeben wurden, insbesondere für die Hinweise auf die Zeiten, wann und wie schnell Bauprojekte vorankommen, wie die Planungen vorstattengehen. Da werden wir natürlich mit unseren Partnern im Senat wie auch schon in den letzten Jahren in den Austausch gehen.

Man schimpft schnell mal auf die Bürokratie. Ich möchte sie tatsächlich in Schutz nehmen. In vielen Fällen geht es um Kinderschutz und um Rahmenbedingungen, die für Kinder wichtig sind. Man sollte es tunlichst vermeiden, einfach mal schnell einen Strich zu machen: Alles Bürokratie! Das muss gar nicht groß geprüft werden, schnell mal durchwinken! – Da hängen schon Fragen dran, bei denen es um wichtige Themen geht. Da möchte ich die Kollegen mindestens – – nicht in Schutz nehmen. Sie machen das, was sie machen sollen. Es gibt rechtliche Rahmenbedingungen, die eingehalten werden müssen. Daher die Bitte an der Stelle, nicht blind zu schimpfen. An den Stellen, wo wir sehen, dass wir Verfahren beschleunigen müssen, wo wir vielleicht auch mehr Personal brauchen, werden wir uns intensiv einbringen. – Ich glaube, das war der erste Rundumschlag. Jetzt würde ich Herrn Holger Schulze, unseren Abteilungsleiter, bitten.

Holger Schulze (SenBJF): Vielen Dank! – Auch von meiner Seite zunächst einen schönen guten Tag! Ich werde versuchen, an der einen oder anderen Stelle noch ein paar Ergänzungen vorzunehmen.

Ich fange auch mit dem Thema der Fachkräfte an, das von mehreren Seiten angesprochen wurde. Herr Bozkurt hat es dargelegt. Es ist in der Tat so, dass wir über den gesamten Betrachtungszeitraum feststellen können, dass die Zahl der Fachkräfte, die wir für das System gewinnen konnten und können, stetig steigt. Das heißt, wir gewinnen pro Jahr netto um die 1 000 Vollzeitstellen für das Kitasystem hinzu. Zum jetzigen Zeitpunkt bleiben wir bei der Einschätzung, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Wir können an der aktuellen Belegung der Fachschulen, die in der Tat zum großen Teil von freien Trägern zur Verfügung gestellt

werden, erkennen, dass wir weiterhin eine sehr hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern haben, die die Erzieherausbildung gewählt haben. Insofern gehen wir davon aus, dass wir auch weiterhin in signifikantem Umfang, und zwar auch in den Größenordnungen, wie wir sie in der Fachkräfteprognose vorgesehen haben, Personal gewinnen werden.

Sie haben an mehreren Stellen gefragt, wie wir es einschätzen: Vollzeitausbildung, Teilzeitausbildung. – Natürlich würden wir uns wünschen, dass auch die Vollzeitausbildung in ihrer Attraktivität und in ihrer Inanspruchnahme steigt bzw. auf dem Niveau bleibt, das wir aus der Vergangenheit kennen. Wir müssen allerdings konstatieren, dass es in manchen Teilen eine Abstimmung mit den Füßen ist, weil die Attraktivität der Teilzeitausbildung aus Sicht der Studierenden höher ist, weil sie in diesem Kontext vergütet werden. Das spricht für eine Ausbildungsvergütung. Das hat allerdings für uns den Nachteil, das muss man auch wissen, dass, wenn wir die Vollzeitausbildung zulasten der Teilzeitausbildung stärken, Anrechnungstatbestände im Kontext der Fachkräfte nicht mehr so gegeben wären. Wir rechnen zum jetzigen Zeitpunkt Quereinsteigende, die ihre Ausbildung im Rahmen der berufsbegleitenden Ausbildung machen, mit einem Anteil von bis zu 28 Stunden an. Wenn wir das herausnehmen, hätten wir in der Tat eine signifikante Reduzierung des verfügbaren Personals, welches wir benötigen, um die Platzkapazitäten zur Verfügung zu stellen und Kinder ins System zu kriegen. Das muss man wissen. Insofern ist es aus unserer Sicht in der aktuellen Situation, in der wir weiterhin damit konfrontiert sind, dass wir einen steigenden Bedarf haben, eine für uns gute Lösung, so, wie wir sie gegenwärtig haben.

Wir haben auf diese Art und Weise, das will ich an dieser Stelle nachschieben, weil jemand gefragt hat, wie es im Bundesländervergleich ist – Berlin ist diesbezüglich den weitesten Schritt gegangen und hat die größten Zahlen. Wenn ich es mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern vergleiche, dann haben wir durch diesen Weg eine entspannere Situation, was den Fachkräftebedarf angeht, als andere Bundesländer, die gegenwärtig dabei sind, ihre Angebote hochzufahren. Insofern ist das eine gute Grundlage. Aber, das will ich an dieser Stelle auch deutlich sagen, wir betrachten natürlich immer nur die Gesamtzahlen. Im Einzelfall sehen wir sehr wohl, dass es unterschiedliche Personalsituationen in den Einrichtungen gibt. Wir sehen zum Teil auch regionale Schwankungen. Insofern ist das ein Punkt, bei dem wir gucken müssen, dass wir tatsächlich das Personal an die Stellen bekommen, wo wir Kapazitäten benötigen.

Ein Punkt, der angesprochen wurde und den ich gern erläutern möchte, ist der Aspekt des Bedarfs. Wir rechnen aktuell mit einem Bedarf von um die 200 000 Kitaplätzen bis zum Jahr 2026. Dieser Bedarf wird auf der Grundlage der Bevölkerungsentwicklung, der Bevölkerungsprognose in Verbindung mit Betreuungsquoten, die wir einschätzen, ermittelt. Das heißt, wir schätzen einen Anteil der Kinder einer Altersgruppe, die tatsächlich eine Betreuung in Anspruch nimmt. Dabei berücksichtigen wir regionale Unterschiede, und wir berücksichtigen auch politische Zielsetzungen, beispielsweise, dass wir bei den Ein- bis unter Dreijährigen für jene Bezirke, die bisher deutlich unter dem Landesniveau liegen, eine Betreuungsquote von 70 Prozent in der Planung ansetzen. Bei den über Dreijährigen, der Punkt, auf den Herr Spieker zu Recht hingewiesen hat, rechnen wir mit 95 Prozent, genau genommen mit 95,3 Prozent. Das heißt, unsere Zielzahl ist höher als das Ist. Insofern teile ich die Einschätzung von Herrn Spieker, dass wir uns der Frage widmen müssen, wie wir diese Diskrepanz zwischen 92 Prozent und 95 Prozent abbilden, aber in der Planung, in der Frage, wie viele Plätze wir brauchen, ist der Zielwert, den Herr Spieker angestrebt hat, berücksichtigt.

Wir nehmen momentan die Situation wahr, dass bei der Bevölkerungsentwicklung in der Altersgruppe – ich rede nicht von der Gesamtbevölkerungsprognose, sondern von der Bevölkerungsprognose der Null- bis unter Siebenjährigen – die tatsächlichen Kinderzahlen im Alter von null bis unter sieben Jahren deutlich unter dem Prognosewert liegen. Es wurde vorhin von den Anzuhörenden dargelegt, und das teile ich, dass wir bei der Bewertung dieser Situation vorsichtig sein müssen, weil wir davon ausgehen, dass es insbesondere ein coronabedingtes Phänomen ist, dass die Zuzugsbewegungen nach Berlin deutlich geringer waren und auf die Art und Weise die Bevölkerungszahlen nicht in den Schritten angewachsen sind, wie die Bevölkerungsprognose es vorgesehen hatte. Das gibt uns etwas Luft. Das ist aber aus unserer Sicht und aus Sicht der Senatsverwaltung für Bildung kein Grund, an der Zielzahl nicht festzuhalten, sondern wir glauben, dass es zu einem Nachholeffekt kommen wird, und wir glauben, dass im Zusammenhang mit der Ukrainesituation kurzfristig zusätzliche Kinder in das System kommen. Das erklärt, warum wir die Auffassung haben, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt mit dieser Situation umgehen können. Wenn wir auf die Zahlen schauen, dann sehen wir, dass die Auslastung im Kitasystem in diesem Kitajahr im Vergleich zu den Vorjahren geringer war. Das heißt, unsere Ausbaumaßnahmen wirken und führen zu einer Entlastung, die ich noch nicht als Zielentlastung bezeichnen möchte, die aber in der Tat zu einer gewissen Luft führt.

Herr Hoyer hat es gesagt: Das Wunsch- und Wahlrecht muss gestärkt werden. Insofern wollen auch wir deutlich ausbauen, um insbesondere von dem Bietermarkt wegzukommen und den Eltern, den Nachfragern, mehr Möglichkeiten an dieser Stelle zu geben. Das wird dazu führen, dass wir bei den Anträgen stärker schauen müssen, wo diese regional angesiedelt sind. Wir haben in der Tat einige Bezirke, in denen wir es geschafft haben, dem Bedarf in einem hohen Maße gerecht zu werden. Wir haben allerdings Gebiete, das wird durch den Förderatlas deutlich, in denen wir stärker Schwerpunkte setzen müssen. Frau Burkert-Eulitz hat absolut recht. Wir müssen dabei aufpassen, dass wir Wanderungsbewegungen in Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg oder Mitte, die viele Kinder beispielsweise aus Neukölln oder anderen Bezirken aufnehmen, in unsere Berechnungen mit einbeziehen und nicht einfach nur schauen: Wie viele Kitaplätze brauchen wir für die Kinder in Friedrichshain-Kreuzberg? –, und dann reicht uns das, sondern wir werden in Friedrichshain-Kreuzberg mehr Plätze brauchen, weil wir wissen, dass die Eltern ihre Kinder zum Teil näher am Arbeitsort unterbringen.

Herr Simon! Sie hatten nach der Antragslage gefragt. Wir hatten bis vor Kurzem eine Antragslage von rund 129 Millionen Euro. Wir haben in den letzten Tagen eine erhebliche Anzahl zusätzlicher Anträge bekommen, die noch mal zu einer deutlichen Steigerung des Antragsvolumens führen. Ich kann das zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beziffern, weil wir gegenwärtig in der Erfassung dieser Anträge sind, aber wir können davon ausgehen, dass das Antragsvolumen noch mal deutlich steigt. Das ist zunächst ein Hinweis darauf, dass trotz der schwierigen Konditionen weiterhin ein Interesse am Ausbau besteht. Das freut uns natürlich sehr. Wir werden bei der Frage, welche Anträge in Anspruch genommen werden, die Frage der Regionalität stärker als in der Vergangenheit in den Blick nehmen müssen, weil wir jetzt auch mit den Ressourcen umgehen.

Vorhin kam der Hinweis: 100 Plätze pro Bezirk. – Ich weise nur darauf hin, dass eine solche Betrachtung davon ausgehen würde, dass wir nur Neubau praktizieren. Das ist bisher nicht der Fall. Unsere Durchschnittsfördersumme haben wir mit 20 000 Euro kalkuliert. Wir kön-

nen aus der Vergangenheit sagen, dass das bisher als Grenze durchaus praktikabel war. Allerdings sehen auch wir, dass die Baukosten deutlich steigen. Wir sind momentan, das will ich an dieser Stelle sagen, mit der Förderrichtlinie – die haben wir noch nicht veröffentlicht – in der Diskussion, auch über die ganzen Fragen der Berücksichtigung von kleineren Trägern, die Frage der Frist, die wir haben. Das sind Punkte, die wir in diesem Kontext diskutieren. Insofern ist dieser Prozess noch nicht abgeschlossen. Wir befinden uns im Gespräch mit der Senatsverwaltung für Finanzen.

Ein letzter Punkt: Sie hatten das Mittagessen angesprochen; das war ein kleiner Exkurs. In der Tat haben wir die 23 Euro. Die sind, was den Elternanteil angeht, weiterhin gefixt, aber durch die Steigerung der Sachkosten nimmt der Anteil zu, den das Land zur Unterstützung der Verpflegung trägt. Das ist eine Pauschale, aber letztlich ist in den Sachkostensteigerungen auch eine kontinuierliche Steigerung der Mittel für die Verpflegung enthalten. – So weit erst mal von meiner Seite. Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank für diese erste Beantwortung! – Jetzt obliegt mir eine ganz schwere Aufgabe. Ich muss Sie nämlich alle um Geduld bitten, denn ich habe die Obliegenchaft, jetzt die Pause einzuläuten. Deshalb muss ich um ganz viel Geduld und vor allem auch Konzentration bitten, dass all die Fragen und natürlich die Antworten einerseits der digital Zugeschalteten, aber auch von Frau Thielen und Frau Sperle hier im Raum sich so weit gedulden, dass wir uns pünktlich um 16.32 Uhr, ich probiere es mal, hier wieder im Raum befinden, um die Kollegen von SenSBW, aber auch Herrn Békési, Herrn Hoyer, Frau Freistühler, Frau Thielen und Frau Sperle anzuhören. Deshalb möchte ich Sie jetzt bitten, ganz schnell den Raum zu verlassen, damit wir zusätzlich lüften können. Wir würden uns um 16.32 Uhr wieder zusammenschalten. – Vielen Dank für das Verständnis!

[Lüftungspause von 16.18 Uhr bis 16.35 Uhr]

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wir machen jetzt, um 16.35 Uhr, weiter. Ich warte noch einen kleinen Moment, bis alle Kolleginnen und Kollegen wieder da sind. Wir würden für die Beantwortung als Nächstes gerne an SenSBW übergeben und dann unseren Anzuhörenden, digital und hier vor Ort, das Wort geben. Dann frage ich mal nach, ob Herr Windolph und Herr Roser da sind.

Henning Roser (SenSBW) [zugeschaltet]: Ich bin da!

Jochen Windolph (SenSBW) [zugeschaltet]: Ja, und der Herr Windolph auch!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wunderbar, Herr Roser und Herr Windolph! Vielen Dank! Dann würden wir Ihnen jetzt das Wort für die Beantwortung der Fragen erteilen.

Jochen Windolph (SenSBW) [zugeschaltet]: Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Sehr verehrte Senatorin! Sehr verehrte Herren Staatssekretäre! Sehr verehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich heute den eher bauenden Bereich der Bauverwaltung hier vertreten kann. Mein Name ist Jochen Windolph. Ich bin Referatsleiter in der Stadtentwicklungsverwaltung für den Themenbereich Ministerielle Grundsatzangelegenheiten des Hochbaus, unter anderem für das Thema Prüfung und Genehmigung von öffentlichen und öffentlich geförderten Baumaßnahmen. Da kommen wir mit einem Teilaspekt, als Teilakteur zur Unterstützung der Kitaaufsicht hier mit in das Thema hinein.

Ich fange mal mit dem Thema Baukostensteigerung an; es wurde ja schon vielfach angesprochen. Dieses Problem ist zurzeit wirklich eklatant. Auch schon unabhängig von den geopolitischen Entwicklungen im Kontext des Ukrainekriegs war es so – ich glaube, Herr Staatssekretär hat eben den Wert von August 2020 zu August 2021, Mehrwertsteuerbereinigt, genannt, wir hatten zwischendurch die Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 16 Prozent –, dass das schon bei über 9,2 Prozent lag. Die Tendenz dort in der Kurve ist schon steigend gewesen, wenn man sich überlegt, dass man vor Februar 2022 schon bei über 10 Prozent, in der Tendenz bei 11 bis 12 Prozent, lag, also weiterhin steigend und stark zunehmend. Was jetzt seit Februar unberechenbar als großes Risiko dazukommt, wissen wir alle noch nicht. Bei den Indexwerten muss man immer betrachten, dass das immer eine Rückbetrachtung über die letzten Entwicklungen ist. Da sind nie die aktuellen, wirklich zeitgenauen aktuellen Werte und Entwicklungen enthalten. Das ist auch noch ein Punkt, der dazu beitragen muss, dass das Ganze wirklich für alle Baumaßnahmen zu einem sehr großen Risiko geworden ist. Das betrifft ja nicht nur die Kitas, das zieht sich natürlich auch durch die ganzen öffentlichen Baumaßnahmen und öffentlich geförderten Maßnahmen. Das sind auch kleine Tanzprojekte im Kulturbereich oder auch das, was wir sonst an GRW-Förderungen haben, die die gleichen Probleme und eigentlich ihre Finanzierungskorridore mit irgendwelchen Endterminen haben, die hier alle in Schwierigkeiten geraten.

Das eine ist der Landeshaushalt, der diese Entwicklung natürlich auch – das passiert zurzeit auch in den Haushaltsberatungen – mitbetrachtet und mitbetrachten muss. Am Ende ist es aber so, dass wir weniger für das gute Geld bekommen werden. Das muss man einfach so sagen. Extrem wird es natürlich auch noch, wenn man sich überlegt, dass parallel die Zinsen steigen. Das gilt nicht nur für die Wohnungsbauunternehmen, sondern auch für private, kleine Träger – Sie haben es ja vorhin teilweise angesprochen –, die mit Darlehen arbeiten. Auch das wird perspektivisch natürlich reinhauen. Wenn man das über mehrere Jahre sieht, sind das

auch noch mal Beträge, die über Zins und Zinseszins 30 bis 35 Prozent einer Investitionsmaßnahme ausmachen, die auch noch addiert werden müssen. Das Gesamtthema ist also kritisch.

Um jetzt mal etwas Positives im gesamten Kontext zu sagen: Wir wissen, dass der Kitausbau neben den Schulplätzen eine unheimliche Präsenz hat und dass man dabei auch als Akteur gucken muss, wo man Einsparungen im Sinne von Beschleunigungen sehen kann. Das haben wir vor vier Jahren bei den Kitas – aus meiner Sicht, wenn ich das sagen darf – ganz gut hingekriegt. Denn wir haben für die Verfahren, die aus den ergänzenden Ausführungsvorschriften zu § 24 der LHO, der die Baumaßnahmen regelt, vorgegeben sind, mit so einem Regelverfahren hier in Abstimmung mit der Jugendverwaltung und der Finanzverwaltung ein extrem schlankes Verfahren entwickelt. Wir haben nicht mehr mehrere Prüfschritte pro Baumaßnahme, sondern wir sind einmal dabei. Wenn wir dabei sind, gibt es das Wort Prüfung gar nicht. Das ist eine baufachliche Antragsbeurteilung, wo wir als eine Servicestelle für die Kitaaufsicht aus baufachlicher Sicht Hinweise geben. Ziel ist es, möglichst schnell eine Antragsbeurteilung durchzuführen. Das bedeutet aber auch, dass wir Unterlagen bekommen müssen, die wir dann beurteilen können. Das ist auch ein wichtiger Punkt, den wir versucht haben, zu optimieren, dass wir möglichst frühzeitig, auch in Kooperation mit den Jugendämtern in den Bezirken, denen eine Checkliste zur Verfügung gestellt haben. Wenn sich zum Beispiel kleine private Träger bei einem Jugendamtsleiter melden, und der sagt: Ich nehme euch auf die Liste. – oder: Ich habe hier vielleicht Standorte oder Liegenschaften, die dafür geeignet sind. – oder: Ich brauche an der einen oder anderen Stelle diese Kitaeinrichtung. –, bekommen die Träger sofort eine Checkliste an die Hand und wissen gleich, was sie an Formalien erwartet, wenn sie zusätzlich öffentliches Geld bekommen. Das funktioniert eigentlich ganz gut, weil wir das in regelmäßigen Abständen gemeinsam mit der Kitaaufsicht und anderen Beteiligten versuchen zu evaluieren und immer zu optimieren. Da sind wir zumindest im Bereich der Prüfung und Genehmigung, also der baufachlichen Prüfung und Genehmigung, auf einem sehr schlanken Weg, wollen den auch in der Form weiter aufrechterhalten und, wenn möglich, weiter optimieren.

Zu den Themen Bauaufsicht, Baugenehmigung und Bauordnung Berlin bin ich jetzt nicht so ganz derjenige, der die Auskünfte geben kann. Wir merken aber natürlich auch dieses berühmte Thema 2,50 m und was ist, wenn es nur 2,47 m sind. Wir sagen aus unserem Ermessen heraus auch, hier sollte von den Bauaufsichten der Bezirke, die ja zuständig sind, eine Möglichkeit gesehen werden, nicht sehr kostenintensive Forderungen zu stellen. Wir würden nur darauf hinweisen, dass hier ein kleines Problem besteht. Es ist für uns aber kein Grund, eine negative Beurteilung zu schreiben.

Überhaupt haben wir in den ganzen Jahren – das läuft jetzt seit, ich glaube, mindestens vier Jahren – nur in einem einzigen Fall aus unserer Sicht gesagt: Nein, liebe Leute, dieser Standort ist im Sinne des Kinderschutzes einfach nicht geeignet! – Da ging es um eine ehemalige Kaufhalle, sage ich mal neutral, auf einem betonierten Grundstück ohne Sonneneinstrahlung mit kaum vorhandenen Belichtungsmöglichkeiten. Das war nicht besonders geeignet, und dieser Antrag ist dann auch Gott sei Dank von der Kitaaufsicht nicht positiv bestätigt worden.

Zum Thema Bauordnung noch mal: Sie wissen alle – es wurde ja eben auch schon angesprochen –, dass die Bauordnung momentan sowieso in einer Novellierungsphase ist. Sie soll gleichzeitig viele Aspekte noch zusätzlich abdecken, angefangen mit Baukultur, Nachhaltig-

keit, Klimaschutzaspekten, was alles noch mit reingenommen werden soll. Aber in solchen Punkten wie zum Beispiel der 2,50-m-Raumhöhenfrage soll sie sich im Sinne der Musterbauordnung und dem, was andere Bundesländer inzwischen mittragen, öffnen, dass man dort in Zukunft auch Aufenthaltsräume unterhalb von 2,50 m genehmigen können wird.

In der Kürze der Zeit waren das eigentlich die wesentlichen Punkte. Es kam noch die Frage, was wir dann als Antragsbeurteilung prüfen. Wie ich das hier heute mitgekriegt habe – da bin ich ganz dankbar, weil ich jetzt wirklich zu den Zahlen ein bisschen mehr weiß, auch zu den Zahlen und Anträgen, die wir dann in absehbarer Zeit auf unserem Tisch sehen werden –, gab es auch die Frage, ob wir genug Personal haben. Wir versuchen, diese Maßnahmen schnell bei uns durchzuschieben, damit die Kitaaufsichten sehr schnell einen Rücklauf von uns bekommen. Wir haben aber natürlich auch – das können Sie sich vorstellen – für die Zeiten, wo es keine Anträge gab, keine Personalvorhaltung für solche Fälle. Das heißt, alle diejenigen, die bei uns prüfend an diesen Stellen sind, haben noch andere Aufgaben. Die prüfen natürlich auch im Schwerpunkt, muss ich dann immer sagen, die Schulbauoffensive oder auch andere Maßnahmen, die es im Landeshaushalt noch gibt oder die über sonstige Fördermaßnahmen wie DKLB, Lotto oder Ähnliches von uns mitbetrachtet werden müssen.

Was soll ich zu der Personalfrage sagen? – Dazu sage ich jetzt an dieser Stelle mal nichts. Wir versuchen, das alles irgendwie zu organisieren, denn wir wissen auch: Woher wollen wir denn das Personal nehmen? – Selbst wenn wir das Geld haben, kriegen wir momentan zu den Konditionen, die wir hier bei uns in der Bauverwaltung haben, für diese technischen Berufe, die wir brauchen, nur sehr selten genügend geeignetes Personal.

Das war es jetzt erst mal als erster Aufschlag. Für weitere Fragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung. Dann würde ich erst mal an meinen Kollegen weitergeben. – Vielen Dank!

Henning Roser (SenSBW) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fühle mich vor allem bei den Fragen zur SIIP, der Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung, angesprochen. Mein Name ist Hennig Roser. Ich leite im Referat Stadtentwicklungsplanung die Arbeitsgruppe Stadtentwicklungsplanung Wohnen und wohnungsnaher Infrastruktur. Wir sehen uns in der Funktion als wohnungsnaher Infrastruktur vor allem darin, dass wir die vielfältigen Infrastrukturplanungen unter einen Hut bekommen und zu einer integrierten Stadtplanung zusammenführen, denn es gibt in Berlin bzw. überall nicht nur Kitas, sondern es gibt Schulen, Bibliotheken, Sporteinrichtungen usw. usf., die alle um die sehr knappen und gerade in der wachsenden Stadt immer knapper werdenden Flächen der öffentlichen Hand konkurrieren. Das muss zu einer Gesamtplanung zusammengeführt werden. Wir selbst machen diese Planung gar nicht, das ist die Zuständigkeit der Bezirke. Es gibt zum Beispiel die bezirkliche Jugendhilfeplanung, die durch eine entsprechende Planung des Senats, von SenBJF, koordiniert wird. Wir setzen im Prinzip mit der SIIP den Rahmen, dass diese ganzen sektoralen Fachplanungen – sagen wir dazu – zu einem integrierten Konzept zusammengeführt werden können. Das geschieht in den Bezirken mit den sozialen Infrastrukturkonzepten. Das war in den letzten Jahren durchaus eine sehr positive Entwicklung. Das Instrument wurde 2016 ganz neu eingeführt, auch ohne große Personalressourcen in den Bezirken.

Wir sind jetzt gerade dabei, in eine erste Fortschreibungsrunde zu gehen. Erste Bezirke wie der Bezirk Mitte sind schon fertig und haben ihr SIKo beschlossen. In anderen Bezirken sind

sie gerade in den Stellungnahmeverfahren, oder es werden Vorbereitungen vorgenommen, oder das ist in der Planungsphase. In diesen SIKos, in den Soziale-Infrastruktur-Konzepten, haben auch die Kitas eine sehr wichtige Rolle. Allerdings übernehmen die Bezirke in den SIKos nur die entsprechenden Fachplanungen. Das heißt, da wird nicht reingeredet, ob vielleicht in diesem Teilraum noch mehr Ressourcen bereitzustellen sind, sondern da ist es wirklich die Aufgabe, alle Nutzungen möglichst unter einen Hut zu bringen.

Es wurde auch schon die Mehrfachnutzung angesprochen, weil diese Flächenknappheit häufig dazu zwingt, dass mehrere Funktionen auf einem Grundstück zusammenrücken. Ich denke, man soll das aber nicht immer nur unter der Flächeneffizienz, sondern auch unter dem Aspekt „Synergien verschiedener Nutzungen auf einem Grundstück unter einem Dach“ betrachten. Auch dazu haben wir als Referat Stadtentwicklungsplanung Arbeitshilfen entwickelt, die sich an Praktikerinnen in den Bezirken wenden. Darin ist zum Beispiel das Thema Kita durchaus mit einem größeren Baustein enthalten. Also: Welche Einrichtungsarten eignen sich für ein mehrfach genutztes Objekt, und was muss man aus Kitasicht, zum Beispiel Sicherheitsaspekte usw., besonders berücksichtigen? Auch dort gibt es also gute Handreichungen, die letztlich den Bezirken, aber möglicherweise auch den Trägern, mit auf den Weg gegeben werden.

Es gibt natürlich auch die gestellte Frage, wer Ansprechperson, Anlaufstelle ist, wenn jemand eine Kita neu einrichten will. Es gibt bei uns im Haus keine entsprechende Einrichtung wie die Wohnungsbauleitstelle. Ich würde daher die bezirklichen Stadtentwicklungsämter, auch in Kombination mit den bezirklichen Fachplanungen Kita, in der Verantwortung sehen, geeignete Standorte auszuwählen, zu beraten und dann auch bei der Schaffung von Baurecht, bei der Zugänglichkeit von Flächen usw. zu unterstützen.

Ein weiterer Aspekt, der angesprochen wurde, war die Gleichzeitigkeit von Wohnungsbau und Infrastrukturbereitstellung. Das ist uns im Referat Stadtentwicklungsplanung auch immer ein sehr wichtiges Anliegen, das zum Beispiel als Grundsatz im Stadtentwicklungsplan Wohnen verankert ist. Dieses Prinzip kann natürlich vor allem dort gut durchgesetzt werden, wo auch aktiv so eine Planung stattfindet, zum Beispiel in den neuen Stadtquartieren, wo aus einem Guss Wohnungsbau und die entsprechenden Schulen, Kitas, Sportflächen usw. geplant und die Investitionen gut synchronisiert werden können. Dasselbe sehe ich auch für größere Bebauungspläne, bei denen nicht zuletzt auch mit dem Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung sogar die Kofinanzierung der Kita durch die entsprechenden Vorhabenträger mit bewerkstelligt werden kann. Ich würde also sagen, wir haben sehr gute Instrumente, sowohl für das ganze Thema „Integrierte Flächenplanungen für soziale und grüne Infrastruktur“ als auch zu dem Thema „Synchronisierung von Siedlungsentwicklung und Infrastrukturentwicklung“. – So viel vielleicht als Versuch einer kurzen Beantwortung der Fragen. Auch ich stehe natürlich gerne für eine Vertiefung zur Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Roser und Herr Windolph! – Sie merken, unser Herz schlägt genauso für soziale Infrastruktur und Stadtentwicklung wie bei Ihnen im Haus. Von daher vielen herzlichen Dank für die Impulse aus Ihrer Verwaltung! – Ich gehe nun wieder zu den Anzuhörenden. Wir würden vielleicht mal rückwärts anfangen. Wir beginnen mit Frau Thielen. – Bitte sehr!

Dorothee Thielen (Der Paritätische Berlin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich beantworte gerne Ihre Fragen. Erlauben Sie mir aber vorweg, noch einmal das Bild der zu kurzen Res-

sourcendecke zu bemühen. Wenn wir auf die Plätze schauen, lassen wir doch im Moment zu, dass die, die am stärksten daran ziehen können, die wärmsten Füße haben, ob sie die brauchen oder nicht. Ich glaube, wir teilen doch miteinander die Wahrnehmung, dass dabei sozial benachteiligte Kinder, behinderte Kinder, Kinder mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarfen auf der Strecke bleiben. Das darf in einem sozialen Berlin nicht sein. Für diese Kinder müssen wir Plätze vorhalten, und wir müssen auch den Mut haben zu sagen: Ja, es gibt einen individuellen Rechtsanspruch. Trotzdem muss es eine Priorisierung geben.

Völlig richtig aufgeworfen ist deshalb auch die Frage, wie wir die Personalressourcen zu den Einrichtungen steuern, in denen sich diese Kinder aufhalten, die der Förderung und Unterstützung bei der Teilhabe am stärksten bedürfen. NdH – nichtdeutsche Herkunftssprache –, QM, MSS sind aktuell nicht mehr geeignet für diese Ressourcensteuerung. Das hat der Kollege, Herr Békési, vollkommen richtig benannt. Der Liga/DaKS-Fachausschuss Kindertagesbetreuung steht dem Land Berlin an der Seite. Kommen Sie auf uns zu! Wir sind gerne bereit, uns in diese Diskussion einzubringen. Es ist auch ein zentrales Anliegen, das wir mit Ihnen teilen.

Eine Bemerkung sei mir noch gestattet. Dass dieser eine Verbandsvertreter diese Fragestellung der sozial Benachteiligten korrekt anspricht und gleichzeitig fordert, dass die maximale Summe der Zuzahlungen für Eltern von 90 auf 200 Euro angehoben wird, bleibt mir unverständlich.

Ich bin sehr froh, Herr Schulze, dass auch ich das Beispiel Neukölln gewählt habe, ein Bezirk, von dem wir wissen, dass er eine der schwächsten Versorgungsquoten hat. Ja, wir sehen natürlich, dass Kinder in den umliegenden Bezirken betreut werden. Aber mir macht auch Sorge, dass ich weiß, dass zum kommenden Kitajahr dort 200 Plätze wegfallen werden, weil ein Träger die Gewerbemietforderungen nicht mehr mitgehen konnte, weil es einen Sanierungsstau gibt. Entweder legen wir die Hände in den Schoß, oder wir handeln und tun etwas. Wir müssen diesen Gewerbemietforderungen Einhalt gebieten. Nicht immer nur mehr Geld ins System, sondern Grenzen setzen! Wir müssen soziale Träger schützen, die sich in Mietobjekten befinden.

Zu guter Letzt die Finanzierung: Ich bleibe bei der Forderung des Paritätischen, den Trägereigenanteil abzusenken. Das schafft Entlastung sowohl aufseiten der Personal- als auch aufseiten der Sachkosten. Es braucht Spielräume, damit wir flexibel sowohl auf die besonderen Bedarfe der Kinder und Familien, der Beschäftigten reagieren können als auch auf die besondere Situation, die wir in den Bezirken und Kiezen vorfinden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Thielen! – Bei Herrn Spieker werde ich mich im Nachgang noch mal bedanken, dass er für die Fragen zur Verfügung stand. Wir werden ihm natürlich auch das Wortprotokoll zukommen lassen, sodass er vielleicht noch im Nachhinein auf Fragen eingehen kann. – Frau Sperle, bitte!

Babette Sperle (DaKS): Ich würde mich noch mal stärker zu den Fragestellungen rund um das Thema der Neugründung, aber auch der Wirtschaftlichkeit äußern. Dazu kamen ein paar konkrete Nachfragen. Beim Thema Neugründung ist es so: Wir als DaKS veranstalten etwa alle zwei Monate eine Neugründungsveranstaltung für interessierte Menschen, Gruppen und Initiativen in dieser Stadt. Das Interesse ist ungebrochen. Wir haben das ins Digitale übertragen und haben im Durchschnitt 30 Menschen bei jeder Veranstaltung, die Interesse daran ha-

ben, in irgendeiner Form eine Kita zu gründen. Nicht aus jeder wird etwas, und das ist auch gut so. Denn wir finden dort natürlich auch Menschen, die vielleicht eine tolle Idee haben und sagen, das ist doch das Beste, was man machen kann –, wo aber vielleicht anderes Know-how nicht da ist. Es gibt aber auch – so ehrlich muss man an der Stelle sein – vereinzelt Menschen, die das als eine Form des Geschäftsmodells verstehen, denen man dann erst mal den Zahn ziehen muss, dass gemeinnützig tätig zu sein, heißt: für die Gemeinschaft und nicht für sich selbst. Dann sortiert sich der Reigen derer, die tatsächlich die Gründung weiter betreiben.

Im Moment können wir sagen, dass es in der Umsetzung ein bisschen gebremst ist. Das hat vor allem etwas mit Corona, der Fördermittelsituation und allgemeiner Erschöpfung zu tun. Gerade bei den Elterninitiativen merke ich das sehr stark, dass die sehr viel mehr mit sich selbst zu tun haben und sich nach den anstrengenden letzten zwei Jahren erst mal wieder als Familien finden müssen. Im Durchschnitt begleiten wir 10 bis 15 Neugründungen pro Jahr; die wachsen dann so hoch. Wir merken, dass es ein kleines, starkes Potenzial gibt. Das summiert sich über die Zeit.

Wenn wir uns die Frage nach der Dauer und der Verlässlichkeit stellen: Ich hatte vorhin die Zahl von über 1 000 Einrichtungen mit bis zu 30 Plätzen, die wir im Land Berlin haben, genannt. Da erklärt sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit schon ein bisschen selbst. Die Einrichtungen würde es nicht mehr geben, wenn es nicht funktionieren würde. Dafür muss man aber bestimmte Voraussetzungen im Blick haben. So eine kleine Tageseinrichtung funktioniert nur dann wirtschaftlich, wenn ich den Fokus tatsächlich auf die Pädagogik lenke. Das heißt, die beschäftigten Pädagoginnen kann ich gut und auch tarifgerecht bezahlen. Ich kann aber für eine kleine Kita keine hauptamtliche Geschäftsführung finanzieren. Das ist der größte Fehler, der oft gemacht wird, dass man denkt, mit der Verwaltung kann ich meinen Lebensunterhalt verdienen, wenn ich eine Kita betreibe. Das geht nicht, sondern hier steckt der große Anteil des persönlichen Engagements der Mitwirkenden drin, der Eltern, aber auch der Pädagoginnen, die sich mit ihrem Projekt identifizieren. Dann funktioniert es wirtschaftlich sehr gut und über viele Jahre.

Ich habe im letzten Jahr mehreren Kinderläden, die ihren 50. Geburtstag gefeiert haben, Grüße überbracht. Das zeigt, dass das ein sehr tragfähiges Projekt ist. Wir haben uns gefreut, als es im Zusammenhang mit der Fragestellung, wie wir mit den vielen ukrainischen Kindern umgehen, im „Tagesspiegel“ die nette Idee der Pop-up-Kitas gab, die jetzt in den leer stehenden Ladengeschäften als Filiale von richtigen Kitas aufgemacht werden könnten. Da haben wir gedacht: Das ist interessant. Wir hätten Expertise, die wir einbringen können. – Wir haben da natürlich Ressourcen, brauchen aber, das hat Frau Thielen richtig angesprochen, gerade im Bereich der Gewerbemieten Regulierung. Das ist ein Thema, mit dem sich der Runde Tisch Liegenschaftspolitik schon viele Jahre befasst, wie wir die rechtlichen Grundlagen für soziale Gewerbemieten verändern können, damit wir einen besseren Schutz, zum Beispiel über den Mietspiegel Gewerbemieten, erreichen. Das ist ein ganz wichtiges Thema.

Wozu ich auf jeden Fall noch etwas sagen muss, ist die Fragestellung: Wie ist das mit dem Budget? Was brauchen wir bei so einer unterjährigen Antragsstellmöglichkeit? – Wenn ich den Blick vor allem auf die Elterninitiativen lenke: Das sind die, die wirklich – – Wir treffen uns heute. Wir haben die Idee und finden das alle super. Wir würden jetzt gründen. – Dann haben sie nicht so viel Zeit, denn sie wollen es noch erleben, dass ihre Kinder in dieser EKT betreut werden und nicht schon in der Grundschule mit der Zuckertüte sitzen. Die gründen für sich und nicht für die Nachkommen. Das heißt, für diese müssen wir schnell Mittel zur Verfügung stellen können, und da gehe ich von einer Summe von 2 Millionen Euro bis 2,5 Millionen Euro im Jahr aus, die wir vielleicht in so einem Budget sichern könnten, um kurzfristig und schnell Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ähnlich sieht das bei den Verdrängungsoptionen aus. Die haben wir nach wie vor. Ich begleite bei uns im DaKS die betroffenen Kinderläden, die durch Mieterhöhung oder Kündigung rausfliegen. Die brauchen auch die Unterstützung, damit diese Plätze nicht verloren gehen. Das ist auch ein wichtiger Teil und bedeutet, gerade in einem Bereich Plätze zu sichern, wo es eine Trägerstruktur gibt, die bewiesen hat: Wir können das! Wir können Kita! –, und wir müssen Anstrengungen reinlegen, dass wir diese Einrichtungen erhalten.

Als Letztes muss ich leider noch einen Kommentar zur Hauptstadtzulage bei Ihnen abladen, und zwar vielleicht in einer überraschend anderen Richtung. Wir als DaKS wollen die nicht. Dafür prügeln mich unsere Mitglieder, weil die Erzieherinnen sagen, dass das total super wäre. Ich gucke da ein Stückchen weiter. Ich finde, das, was das Land Berlin hier tut, ist hochriskant. Zu riskieren, wieder aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen zu werden, halte ich für ein ganz großes Risiko. Alle, die schon vor zehn oder zwölf Jahren hier gesessen haben, wissen, was ich meine, als wir mit dem eingefrorenen BAT hier gelebt haben, wo es gar keine Entwicklungsmöglichkeiten gab und wo wir ganz anders über das Thema Abwanderung nach Brandenburg sprechen mussten. Erst die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft hat uns wieder konkurrenzfähig gemacht. Das wird für diese Hauptstadtzulage aufs Spiel gesetzt. Daher von mir das Plädoyer: Schaffen Sie die Hauptstadtzulage ab! – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Sperle! – Herr Hoyer, bitte!

Martin Hoyer (LJHA) [zugeschaltet]: Ich möchte versuchen, auf ein paar der Fragen einzugehen. Erstens war die große Frage, was die Errichtung eines Platzes kostet. Das Problem ist immer, dass wir hier über Durchschnittskosten reden, wenn wir in solchen Programmen über Kosten reden. Die Senatsverwaltung hat selbst in dem vierten Sammelbericht zu den Haus-

haltsberatungen Ihnen gegenüber berichtet, dass die durchschnittlichen Kosten pro Platz bei Neubauten bei 35 000 Euro lagen. Jetzt kommt aber der entscheidende Hinweis: Da geht es um die anerkannten und förderfähigen Gesamtkosten. Es geht nicht um die Kosten. Die Kosten liegen im Einzelfall deutlich darüber. Und es geht auch um einen Durchschnitt. Das heißt, ich kann durchaus in erheblichem Umfang hohe Kosten haben, die auch gerechtfertigt sind. In dem Einzelfall werden die förderfähigen Kosten betrachtet, mit Richtwerten verglichen und gegebenenfalls als nicht förderfähig eingestuft. Grundstückskosten zum Beispiel sind nicht drin, erhebliche Planungsleistungen im Vorfeld auch nur bedingt.

Die letzten Bauten, die das Land Berlin selbst durchgeführt hat, lagen bei Platzkosten von 54 000 Euro – ohne die Planung. Insofern muss man sich das einfach angucken. Wenn wir im Jahr 2021 bei einem Durchschnitt von 35 000 Euro lagen und die Preisentwicklungen hatten, die schon beschrieben worden sind, und wissen, dass das steigend ist, dann muss man das mit berücksichtigen und in den Förderprogrammen aufnehmen, insbesondere die Fragestellung: Wie gehen wir mit notwendiger Nachfinanzierung um? – Heute steht in der Förderrichtlinie, dass ich nur nachfinanzieren kann, wenn es nicht vorhersehbar war. – Ich kann heute keinem mehr weismachen, dass, wenn ich heute anfangen zu bauen, zusätzliche Kosten nicht vorhersehbar sind. Sie sind vorhersehbar, sie sind aber nicht bezifferbar. Dafür brauchen wir eine Lösung.

Das Thema Sanierung wurde angesprochen. Es gab die Frage, ob die 30 Millionen Euro, die der LJHA in seinen Beschluss geschrieben hat, angemessen oder richtig oder von der Größenordnung her durchkalkuliert sind. Ich will versuchen, Ihnen zu erläutern, wie sie im Wesentlichen entstanden sind. Wir hatten in den Jahren 2018 bis 2021 eine besondere Förderung für Sanierungslasten bei den Eigenbetrieben. Die lag bei 22 Millionen Euro, also insgesamt 5,5 Millionen Euro pro Jahr als Sondermittel für Sanierungen bei den Eigenbetrieben. Die Eigenbetriebe haben rund 20 Prozent der Plätze. Das Ganze hochgerechnet auf den vollen Bereich, also auf die 80 Prozent freie Träger, kommen wir bei 27,5 Millionen Euro raus. Ich gebe zu, dass wir aufgerundet haben, aber wir haben dies, weil es das Land Berlin selbst schon mal als eine angemessene Größenordnung gesehen hat, hier in Anrechnung gebracht.

Zur Sanierung möchte ich kurz ein Beispiel benennen: Mir schwebt ein Träger in Reinickendorf vor, also in einem Gebiet, in dem es einen großen Bedarf gibt. Der hat im Jahr 2015 den Antrag auf privilegierte Erbbaurechte gestellt, um kreditfähig zu sein und die Einrichtung zu sanieren. Der Hauptausschuss hat dem auch zugestimmt. Allerdings hat ein Nachbar dem nicht zugestimmt. Deswegen konnte dieser Erbbaurechtsvertrag nicht geschlossen werden. Seitdem hat der Träger regelmäßig durch Havarien in das Gebäude investieren müssen. Er hat inzwischen einen Sanierungsbedarf, der bei 5,1 Millionen Euro liegt, für 150 Plätze. Er musste die Platzzahl auf 77 Plätze reduzieren, weil nur noch ein Teil des Gebäudes nutzbar ist. Das sind Größenordnungen, die ich mit den heutigen Regelungen zur Sanierung überhaupt gar nicht mehr stemmen kann. Die Frage wäre, ob wir diese Plätze wegfallen lassen wollen. Im Übrigen hat dieser Träger gleichzeitig in einer anderen Kita eine Mieterhöhung über 100 Prozent bekommen. Das sind Situationen, vor denen Träger stehen, und das meinen wir, wenn wir sagen, dass man eigentlich in der jetzigen Situation, bei den jetzigen Bedingungen einem Träger kaum empfehlen kann, in solche Bauaktivitäten einzusteigen.

Vorhaltekosten hatte Herr Fresdorf angesprochen: Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe nicht davon gesprochen, dass wir Vorhaltekosten refinanziert bekommen müssen. Ich habe

versucht, deutlich zu machen, was für ein kluges System sich das Land Berlin gebaut hat, dass auch, wenn es ein Überangebot an Plätzen geben sollte, die Träger in die Situation kommen, gucken zu müssen, dass sie ihren Eltern und Kindern ein möglichst gutes Angebot zur Verfügung stellen, damit sie weiterhin belegt sind und das Land Berlin nicht in das Risiko geht, weil es einen Platz gebaut hat, diesen auch auf die nächsten 25 Jahre voll finanzieren zu müssen. Das ist ein Risiko, das die Träger tragen. Das sind sie auch eingegangen. Wir sind im Augenblick in dieser Situation, und das muss man berücksichtigen, wenn man bundesweite Vergleiche herstellt, denn dort ist die Situation häufig eine andere, nämlich, wenn ich einmal in die Planung aufgenommen worden bin, habe ich einen Finanzierungsanspruch, ob ich belegt bin oder nicht. Das ist ein Modell, das Berlin bewusst nicht gewählt hat. Es würde dazu beitragen, dass es eventuell auch mal wieder ein paar Spielräume gibt, die dann das Wunsch- und Wahlrecht umsetzen lassen würden.

Zu guter Letzt: Ich glaube, Herr Fresdorf hatte es „Kampf um die Talente“ genannt, die Fachkräftefrage, Hauptstadtzulage. Wir müssen einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass wir im Augenblick eine Situation haben, in der viele Bereiche auf die Qualifikation Erzieherin zugreifen möchten. Wir haben im Augenblick eine Situation, in der wir diskutieren, ob Lehrerstellen in Erzieherinnenstellen umgewandelt werden können, weil wir nicht genug Lehrer haben. Wir haben eine Situation in dem Bereich der Eingliederungshilfe, in dem wir genauso ein klares Fachkräftegebot haben. Überall wird dieses Personal benötigt, und – darauf hat Herr Spieker vorhin hingewiesen – wir werden ab nächstem Monat eine Situation haben, wo in Brandenburg ein anderer Tarif gilt, und dieser Tarif sieht eine Zulage für Erzieherinnen von 130 Euro pro Monat vor. Das ist eine erheblich bessere Situation, als wir sie derzeit in Berlin haben. Insofern ist es anzustreben, dass mindestens mit dem nächsten Tarifabschluss, auch wenn noch bis ins Jahr 2024 abzuwarten ist, eine analoge Umstellung erfolgt, die dann die Hauptstadtzulage obsolet macht. Dann hätten wir eine ordentliche tarifliche Situation, die für alle Träger gelten würde. Insofern machen wir uns durchaus Sorgen über die Frage, ob ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen werden. Deswegen noch mal: Wir müssen uns genau angucken, wie wir insbesondere die Vollzeitausbildung noch mal unterstützen und stärken. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank, Herr Hoyer! – Frau Freistühler, bitte!

Claudia Freistühler (Kindergärten City) [zugeschaltet]: Vieles wurde schon gesagt. Es ist gut, wenn man weiter hinten drankommt. Ich gehe auf die Fragen ein, die mir konkret gestellt wurden.

Wie komme ich auf fünf bis sechs Jahre? – Das ist doch ganz klar, ich habe das dargestellt. Wenn eine Kita fertig ist, dann ist sie noch nicht voll. Sprechen wir mal von 100 Plätzen. Es dauert ein, zwei Jahre, bis die 100 Plätze belegt sind. Das ist ein Teil der von Frau Sperle genannten Verschiebemasse. Es sind immer Plätze, die es gibt, nicht belegt; sie können auch nicht belegt sein.

Eine andere Frage, die an mich gestellt wurde, war, dass ich gesagt hätte, 30 000 Euro reichen aus, um einen Kitaplatz zu bauen. – Ich habe gesagt, die reichen nicht aus. Es sind seitdem viele Zahlen gefallen. Dem kann ich mich nur anschließen. Das steht auch nicht im Verhältnis zu dem, wie es Herr Hoyer auch gerade gesagt hat, was vielleicht gefördert wird oder nicht.

Jeder Träger geht da ein Risiko ein oder hat entsprechende Mehrkosten, was lange Zeit sicher gut ging.

Eine andere Frage war die nach dem Substanzerhalt. Ist das gleich teuer, ist das günstiger? Ist ein Platzerhalt leichter zu bewerkstelligen als der Ausbau? – Nein, ist es nicht, natürlich je nach Gebäudezustand. Auch dafür hatten wir gerade ein gutes Beispiel: 77 Plätze oder die Hälfte musste gestrichen werden; es geht nicht mehr. Ich denke, so etwas droht schon in großem Ausmaß, nicht nur bei den Eigenbetrieben. Ich muss dann eine ganze Kita sanieren, nicht nur einen kleinen Gebäudeteil, denn das ist ansonsten völlig unwirtschaftlich. Damit die Plätze nicht verschwinden, muss ich auslagern, und das kostet auch noch mal Geld und Zeit, wenn man es überhaupt kann. Ich kann zumindest für unseren Eigenbetrieb sagen, dass wir einen Sanierungsstau von deutlich mehr als 100 Millionen Euro haben. Da habe ich in 10-Millionen-Schritten großzügig abgerundet. Das würde ich gern ins Verhältnis setzen zu den hier oft bemühten Sondermitteln für die Eigenbetriebe. Wir haben davon 4 Millionen Euro erhalten. Das ist auf die lange Strecke auch nicht hilfreich. Wir sprechen uns als Eigenbetriebe ganz stark dafür aus, dass alle Träger Sanierungsmittel erhalten, denn die meisten Liegenschaften und Gebäude sind aus den Landesliegenschaften entstanden und sind unter Umständen entsprechend ähnlich sanierungsbedürftig. Wir als Eigenbetriebe können uns vorstellen, dass die Sanierungsgeschichte nicht allein über Sondermittel und weitere Töpfe zu bewerkstelligen ist, schon gar nicht in einem angemessenen Zeitraum.

Wir haben gerade mit Freude gehört, dass die Koalition an dem Kreditthema für die Eigenbetriebe dran ist. Wir haben dazu schon vieles vorgearbeitet. Bei Gelegenheit können wir darüber gern ins Gespräch gehen. Wir haben sicher auch andere Ideen, gerade was die integrierte Flächennutzung angeht. Auch darüber können wir gern ins Gespräch gehen.

Ich würde noch mal auf die Hauptstadtzulage eingehen. Dazu gab es eine Frage an die Eigenbetriebe. – Nein, wir merken nicht, dass sich dadurch unsere Bewerberlage verbessert. Wir sind als „City“ in den Innenstadtbezirken. Dort ist es ohnehin schwer, neues Personal zu finden, weil dort keiner mehr wohnt. Wir bemerken, dass für die Fachkräfte viele Dinge wichtig sind, zum Beispiel der Weg zur Arbeit, zum Beispiel die Einrichtung, das Team, in dem sie arbeiten oder Ähnliches. Gleichwohl sprechen wir uns dafür aus, dass entsprechende Zulagen an alle Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten gezahlt werden. Letztlich betrifft das auch die Horte. Dort gibt es auch eine Ungleichbehandlung. Das betrifft die freien Schulen und andere Standorte. Das betrifft nicht nur der Kitabereich.

Ich würde gern noch einen Punkt zum Thema Fördermittel ansprechen. Es gibt sicher Musterabläufe, wie es laufen soll. Mit den einzelnen Akteuren sind wir immer sehr gut im Gespräch, und es wird alles dafür getan, dass die Dinge gut laufen. Trotzdem liegt oft die Sache im Detail. Das würde ich gern zum Thema Bürokratie mitgeben. Wir erleben – wir könnten noch abendelang darüber sprechen, das wäre dann auch witzig –, dass die Fachaufsicht sagt: Das ist mir aber richtig egal, was die Bauaufsicht möchte –, dass der Denkmalschutz sagt: Das interessiert uns überhaupt nicht, und ihr macht jetzt auch noch eine Analyse des Stucks, obwohl ihr den gar nicht anfassen werdet etc. pp. – Damit sind die Träger allein, die kleinen wie die großen. Da gibt es sicher noch Spielraum, die Dinge etwas geschmeidiger zu gestalten oder dafür Sorge zu tragen: Wie können alle beteiligten Akteure, das sind Landes- und auch Bezirksgeschichten, auf die gemeinsamen Ziele hinarbeiten? Dass wir die, jeder einzeln, haben,

glaube ich auf jeden Fall und ist auch immer wieder zu bemerken. Was dann passiert, sind die Dinge, die im Zusammenspiel manchmal gar nicht so gut zusammenpassen. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Freistühler! – Frau Grenner! Ich gehe davon aus, dass Sie nichts zu ergänzen haben. – Gut! Dann würde ich gern an Herrn Békési übergeben.

Lars Békési (VKMK) [zugeschaltet]: Schönen Dank! – Dann gehen wir mal in die Beantwortung der umfangreichen Fragen. Man muss überlegen, wie man das Pferd aufzäumt. Ich fange mal mit der Aussage von Herrn Staatssekretär Bozkurt an: Nicht blind schimpfen, und im Sinne der Bürokratie oder einer Diskriminierung freier Träger gebe es keine Ungleichbehandlung. Wenn wir damit anfangen, muss ich sagen: Es tut mir leid, aber mitnichten. – „Blind schimpfen“ ist es nicht. Ich nehme Sie gleich mit auf eine Reise, wo Sie es erkennen. Im Diskriminierungssinne sei nur erwähnt: Wenn die Senatsverwaltung mehrere Klagen auf ihrem Tisch hat, was die Hauptstadtzulage und die Beteiligung einzelner Berufsverbände angeht, dann kann man sagen, dass das ausbaufähig ist. Wir können besser miteinander umgehen. Das ist noch ein weiter Weg. – Das ist der erste Zuruf.

Der zweite Zuruf, nicht blind schimpfen: Ein Beispiel dahingehend, was wir vorhin unter Punkt 2 gesagt haben, dass es Optimierung auch bei der Kitaaufsicht geben kann, um manche Prozesse optimaler zu gestalten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wenn man einen Bauantrag eingereicht hat, ist die Kitaaufsicht berechtigterweise und guterweise dabei mitberatend unterwegs, aber es gibt Prozesse, die man anders gestalten kann, in Form von digitalen Prozessen oder Videokonferenzen, gerade, was Corona anging, statt Vor-Ort-Termine mit Papierwarr zu betreiben. Oder wir sollen Papiere, Bauunterlagen einreichen – kann man das gern auch digital machen? – Das hat den Vorteil, wenn es Fragen zur Quadratmetergröße gibt – 10 Quadratmeter, 4,5 Quadratmeter oder doch 3 Quadratmeter –, kann man es digital schön aufziehen und größer machen. Das wäre der erste Effekt. Das ist ein ganz einfaches, kleines Beispiel, aber das stellen wir uns darunter vor, dass es eine effizientere Dienstleistung ist, und vor allen Dingen können Sie wahrscheinlich lange Wege der Mitarbeiter wegekalkulieren.

Der zweite Punkt: Was die Baukosten angeht, danke ich sehr dafür, was die Senatsbauverwaltung gesagt hat. In der Tat ist es eine Rückbetrachtung, was den Baupreisindex angeht, und nicht die Indexlage. Trotz allem, glauben wir, ist es besser in dieser Betrachtung, was die Förderrichtlinie angeht, den Baupreisindex mit einzupreisen und mit in die Überlegungen hineinzunehmen, da die Fördermittel nicht reichen. Wir haben es bewusst, auch wenn es zugespitzt ist, ein bisschen einfacher dargestellt. Wenn wir die 65 000 Euro – oder 54 000 Euro, dann kommen noch die Planungskosten hinzu – nehmen, die die MOKIBs des Landes Berlin gekostet haben: Wenn wir die 26 000 Kitaplätze, die wir bis 2025 benötigen, mit diesem Faktor multiplizieren, erkennen Sie ganz schnell, dass wir von einem Milliardenbeitrag reden, und den sehen wir gerade noch nicht.

Dann gab es weitere Fragen. Ich danke, dass Herr Schulze dazu Stellung genommen hat, was die 23 Euro Eigenanteil der Eltern für das Essensgeld angeht. Das erklärt die Verwunderung oder die Frage von Frau Thielen, die in meine Richtung angesprochen wurde. Die 23 Euro sind in der Tat seit 2011, glaube ich, unverändert und festgeschrieben. Wenn man sich die Berechnung anschaut, sind mitnichten die Sachkostenanpassungen, die jetzt gerade stattgefunden haben, mit den Preissteigerungen, was die Essensverpflegung angeht, deckungsgleich

oder abdeckbar. Da ist eine Diskrepanz, ein Gap. Das muss geschlossen werden, und das wird nicht mit der Sachkostenpauschalanpassung vorgenommen. – Das als erster Hinweis.

Der zweite Hinweis Richtung Frau Thielen: Einerseits danke, andererseits: Warum sagte ich, es wäre eine nachdenkende Option, die 90 Euro Deckungsgrenze auf 200 Euro zu erhöhen? – Das ist die Wahrheit. Wir müssen uns die Wahrheit anschauen. Entweder steuert das Land Berlin nach, erhöht die Sachkostenpauschale in vielen Teilbereichen, oder wir müssen die Eltern zur Kasse bitten. Es wäre eine Option und ein Weg, wenn die 23 Euro nicht angefasst werden, dass man dort gegebenenfalls einen größeren Spielraum bei der Essensversorgung erreicht, denn es ist der Wunsch eines Koalitionspartners, der jetzt mit die Regierung stellt – der Grünen –, dass man regionale, gute, biologische Essensversorgung gewährleistet, und die wird so auf Dauer nicht funktionieren. Es tut mir leid, wenn ich es so deutlich und so drastisch sagen muss, aber genauso ist die Situation, die wir vorfinden.

Es wurde die Frage in den Raum gestellt, was die Neugründung angeht und ob eine Kita lang- oder mittelfristig wirtschaftlich erfolgreich ist, wenn sie eine gewisse Größe hat. – Ja, die braucht man. Auch das sagen wir als Verband ziemlich deutlich. Es ist schön und löblich im Sinne der Wunsch- und Wahlfreiheit und der Vielfalt des Landes Berlin, dass es auch Kleinsteinrichtungen wie EKTs gibt. Nur dann gehört auch wieder zur Wahrheit, dass die Sondermöglichkeiten, Sonderregelungen haben, und wenn ich die Kollegin richtig verstanden habe, heißt es: Wir sind klein. Das ist gut. Wir machen das für uns, und unter dem Aspekt – ich sage es bewusst ein bisschen zugespitzt – der Selbstausbeutung werden wir keine Geschäftsführung bestellen müssen. – Bei 30 Kindern müssen Sie keine Geschäftsführung bestellen, aber vielleicht bei über 100 Kindern. Deswegen auch da der Hinweis: Betriebswirtschaftlich gesehen, langfristig gesehen, für alle und im Sinne der Qualität und des Bildungsangebotes müsste man vielleicht darüber nachdenken, dass Kitas mittelfristig etwas größer sind, nicht einzelne Einrichtungen vor Ort, aber in der Gesamtheit als Träger. – Das dazu.

Die nächste Frage, die mir Frau Seidel gestellt hat – ich habe sie mir aufgeschrieben –, nach dem Anteil nichtdeutscher Herkunft, 40-Prozent-Quote: Die Formel ist ganz einfach, nämlich ab dem ersten Kind die Sprachförderung einzuführen statt einer 40-Prozent-Quote. Das hätte gleichzeitig den Vorteil, dass man natürlich auch die Kitasozialarbeit mitdenkt und die Eltern vor Ort erreicht und in der Gesamtkonstruktion mitdenkt. Ja, es kostet Geld. Das sehen wir gerade nicht im Haushalt, aber wer in frühkindliche Bildung investiert, investiert klug und frühzeitig, denn er muss später im Schulbereich nicht nachsteuern und nacharbeiten. Das ist einer der Aspekte, wo man Ressourcen heben und mittelfristig Effizienzen schaffen kann, aber das geht nur, wenn wir tatsächlich allen von Anfang an dieselben Bildungschancen gewähren. – Das wäre eines dieser Beispiele.

Dann zur nächsten Frage, ich gucke gerade den Zettel durch, weil ich in Anbetracht der Gesamtzeit recht schnell sein wollte: Wunsch- und Wahlfreiheit und Fachkräfte. Im Sinne der Fachkräfte wurde angegeben, dass man prognostisch eine Steigerung von 20 Prozent an Fachkräften hat. Die Vorredner haben es selbst schon entkräftet mit der Argumentation: Ja, wir bilden weiter aus, wir bilden mehr aus. – Aber es gibt Bedarfe aus anderen Bereichen, um noch mehr zu haben. Der Wettbewerb findet innerhalb des Systems schon statt, allein in Schulen nur in Berlin, was den Hortbereich angeht, der Erzieherchaften etc. Bei der Gesamtbetrachtung fehlt mir weiterhin der Demografiefaktor. Wie viele gehen tatsächlich altersbedingt hinaus, und wie viele kommen tatsächlich an? In Studien des Institutes von Dr. Dohmen

sehen wir: Da ist der Gap größer, der hier noch nicht ganz so gedacht wurde. – Gleichzeitig, wenn Sie den Wettbewerb Richtung Brandenburg sehen – ich danke Herrn Hoyer, dass er es ziemlich deutlich und drastisch gesagt hat –: Ja, diesen Wettbewerb wird es geben. Der findet statt. Wir als Verband denken, dass es im Sinne der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der Stadt und der Erzieherschaft an der Zeit ist, als Senatsverwaltung auf ein Klageverfahren beim Hauptstadtzulagenthema zu verzichten und angepasste, adäquate Systeme zu schaffen, sodass alle Fachkräfte gleichermaßen für gleiche Arbeit gleichen Lohn erhalten. – So viel dazu. Ich habe sicherlich einiges vergessen, aber das macht nichts. Ich denke, es ist ziemlich deutlich geworden, dass es viel zu tun gibt, dass wir die Ärmel gemeinschaftlich hochkrepeln müssen. Wir sind bereit, das zu betreiben, um die Wunsch- und Wahlfreiheit der Eltern tatsächlich umsetzen zu können. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Békési! – Wir kommen heute zum ersten Ende unserer Anhörung. Die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b werden vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Ich möchte allen Anwesenden, aber auch Herrn Spieker, der nicht mehr anwesend ist, sehr herzlich für die provokanten, aber auch konstruktiven Beiträge danken, aber vor allem für die Erlebnisberichte aus der Praxis und die Anregungen, die Sie gegeben haben. Vielen herzlichen Dank dafür, dass Sie unsere Sitzung heute mit Ihrer Teilnahme und Ihrer Expertise bereichert haben! Das ist, wie gesagt, nur der erste Aufschlag, bei dem wir uns dem Thema Tagespflege, Kindertagesbetreuung, Quantität, Qualität und Fachkräfte besonders widmen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0309
**Gesetz zur Änderung des
Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetzes**

[0068](#)
BildJugFam
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen des Krieges in Europa für die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0048](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0013](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.